



Freie
Demokraten
Stuttgart FDP

INGRID WALZ: EHRUNG FÜR 60-JÄHRIGE FDP-MITGLIEDSCHAFT

AUS DEM KREISVERBAND

**START DER
SOCIAL-MEDIA-FRAUEN-
KAMPAGNE**

AUS DEM LANDTAG

**SCHULDEN
ZU LASTEN KÜNFTIGER
GENERATIONEN**

AUS DEM BUNDESTAG

**DAS BÜRGERGELD:
FÖRDERN UND FORDERN –
MODERN UND FAIR**

VORWORT

03 BEGRÜSSUNG DER KREISVORSITZENDEN

AUS DEM KREISVERBAND

04 LIBERALER WASENTREFF – DIE TRADITION LEBT

05 PARTEITAG DES FDP-BEZIRKSVERBANDS REGION STUTTGART AM 19. NOVEMBER 2022

06 MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES KREISVERBANDES MIT DELEGIERTENWAHLEN UND JUBILAREHRUNGEN

09 SOCIAL-MEDIA-FRAUENKAMPAGNE DER FDP STUTTGART

10 RENATA ALT MDB SPRACH BEI DER KUNDGEBUNG PULSE OF EUROPE ZUM INTERNATIONALEN TAG DER MENSCHENRECHTE

12 DIE ZUKUNFT DER INNENSTADT – TEIL 4

14 THOMAS SATTELBERGER IM GESPRÄCH MIT CORNELIUS HUMMEL

AUS DEN ARBEITSKREISEN

15 WOHNBAU IN STUTTGART – SO SCHWERFÄLLIG WIE IM GANZEN LAND

AUS DEN STADTGRUPPEN

16 FRIEDEN IN DER UKRAINE – ZWEITE VERANSTALTUNG DER EVENT-REIHE „HEY ZUKUNFT!“ MIT RENATA ALT MDB

17 STADTGRUPPE BOTNANG WÄHLT NEUE BEZIRKSBEIRÄTE

17 STADTGRUPPE WEST WÄHLT NEUEN VORSTAND

18 MUTIGE FRAUEN BRAUCHT DAS LAND!

AUS DEM GEMEINDERAT

20 DIE WEICHEN FÜR DIE ZUKUNFT DER WASSER- VERSORGUNG RICHTIG STELLEN

20 BUSLINIE 47 WIRD AUCH CITYRINGLINIE

21 FDP VOR ORT IN OBERTÜRKHEIM

21 BESUCH IN DER NIKOLAUSPFLEGE

AUS DEM LANDTAG

22 AKTUELLES AUS DEM LANDTAG, DER FRAKTION UND DEM WAHLKREIS

AUS DEM BUNDESTAG

28 DAS BÜRGERGELD: FÖRDERN UND FORDERN – MODERN UND FAIR

30 DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE SICHERE, SAUBERE UND BEZAHLBARE ENERGIEVERSORGUNG

AUS DEN VORFELDORGANISATIONEN

32 NEUE FRONTFRAU BEI DEN LIBERALEN FRAUEN! DIE LIF BADEN-WÜRTTEMBERG WÄHLTEN NEUEN VORSTAND

33 ORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER LIF BV STUTTGART IM REMSTAL

34 AKTIV FÜR UNTERNEHMER UND SELBSTSTÄNDIGE

36 DER LANDESVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG DER LIBERALEN VIELFALT WÄHLT NEUE DOPPEL- SPITZE IN STUTTGART

VERANSTALTUNGEN

37 TERMINE IM 1. QUARTAL 2023



Titelfoto: Kreisverband Stuttgart

Herausgeber: FDP-Kreisverband Stuttgart › V.i.S.d.P.: Gabriele Reich-Gutjahr

Anschrift: Weißenburgstraße 29, 70180 Stuttgart, Telefon: (0711) 621584

E-Mail: redaktion@stuttgart-liberal.de › Anzeigen: anzeigen@stuttgart-liberal.de › Satz und Layout: Steffen Schneider
stuttgart liberal erscheint viermal im Jahr und wird für die Stuttgarter FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft
ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert.

BEGRÜSSUNG DER KREISVORSITZENDEN



Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Freien Demokraten,

„Zeitenwende“ – das Wort des Jahres 2022. Es beschreibt, was die deutsche Politik in der Ampelkoalition, aber auch die Politik in Land und Kommunen bestimmt hat und noch bestimmt: Krieg und Flucht in Europa, Unterbringung und Finanzierung der vor dem Krieg Flüchtenden, Aufwachen bei der Energie- und der Verteidigungspolitik, Erkennen der Abhängigkeiten in den Lieferketten, bei Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Die Welt ist in hohem Maße vernetzt und wenn ein Land wackelt, hat das Auswirkungen auf alle. Wegschauen nützt nichts. In vielen Ländern riskieren die Menschen ihr Leben für die Freiheit. Ihnen unsere Verbundenheit zu zeigen, war und bleibt uns wichtig. Und so haben wir als Kreisverband Stuttgart seit dem 27. Februar an verschiedenen Kundgebungen mitgewirkt, zuletzt am Tag der Menschenrechte, bei dem Renata Alt MdB sprach. Ihre Rede finden Sie als Beitrag im Heft. Je mehr Präsenz wir als Kreisverband zeigen, desto deutlicher wird unsere Stimme gehört. Jede liberale Stimme ist für die Sichtbarkeit unserer Politik wichtig und relevant. Nicht nur die Stimmen der Mandatsträger, sondern die Stimmen aller Mitglieder und liberalen Freunde der FDP.

Um die lokale Arbeit in den Stadtgruppen zu erleichtern und aktuell über Treffen, Aktionen und die lokalen Ansprechpartner zu informieren, haben wir für die Stadtgruppen die Möglichkeit geschaffen, diese Informationen selbst auf der Webseite des Kreisverbandes einzupflegen.

Was steht 2023 an?

Als Kreisverband Stuttgart haben wir zwei Satzungsänderungsanträge für den Landesparteitag am 5. Januar eingebracht, die ermöglichen sollen, dass künftig auch Doppelspitzen in allen Gliederungsebenen und den Vorfeld-

organisationen – freiwillig und geschlechtsneutral – möglich sind. Dadurch wollen wir für mehr Mitglieder eine Basis schaffen, sich aktiv in Führungsaufgaben in der Partei einzubringen. Wer die Verantwortung als Team übernehmen möchte, soll dies können. Ich bin gespannt, ob wir die Zweidrittelmehrheit dafür erreichen werden. Schließlich stehen wir in unserem Leitbild ein für „Selbstbestimmt in allen Lebenslagen“ und beschreiben uns als „Mitmachpartei“. Das verlangt auch mehr Freiheitsgrade in der eigenen Satzung.

Ende März wird der Kreisvorstand neu gewählt. Zentrale Aufgabe des neuen Kreisvorstands werden die Wahlen 2024 sein: Gemeinderat, Regionalparlament und Europaabgeordnete. Das Programm für die Gemeinderatswahl muss erarbeitet, die Liste der liberalen Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt und beides in einer Kreismitgliederversammlung beschlossen werden. Sicher werden auch die eingangs genannten Themen 2023 die politische Arbeit im Kreisverband weiterhin prägen. Lassen Sie uns mit Tatkraft und Zuversicht an der Suche nach guten Lösungen mitwirken.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein gutes neues Jahr und danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir und meinen Kolleginnen und Kollegen im Kreisvorstand in der laufenden Amtszeit geschenkt haben.

Mit herzlichen und liberalen Grüßen

Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende

LIBERALER WASENTREFF – DIE TRADITION LEBT!



Frank Bantle
Stadtgruppenvorsitzender Ost

Zwei Jahre ohne Cannstatter Volksfest hieß auch zwei Jahre ohne „Liberalen Wasentreff“ des Kreisverbandes Stuttgart. Da war es höchste Zeit, dass es dieses Jahr wieder in der Grillmeisterei von **Jessica** und **Nico Metz** hieß: „Prost, die Krüge hoch“ und „Guten Appetit“ bei Volksfestbier sowie heißen Grillspezialitäten und Pommes. Rund 30 Mitglieder fanden den Weg auf den Wasen und konnten erstmals den neuen Kreisgeschäftsführer **Christian Schlepple** kennenlernen. Gemeinsam mit Schatzmeister **Michael Marquardt** kümmerte er sich um die Gästeregistrierung und freute sich „über die netten FDP-Mitglieder, die gute Laune mitbrachten und gleich mit mir ins Gespräch kamen.“

Die Begrüßung der Gäste übernahm der stv. Kreisvorsitzende **Volker Weil** ganz locker auf einer Bierbank stehend. Unsere Bundestagsabgeordnete **Judith Skudelny** tat es ihm gleich und betonte, wie sehr der FDP-Fraktion in Berlin das Überleben der mittelständischen Betriebe am Herzen liege – auch der Schaustellerbranche. Es seien die Freien Demokraten, die innerhalb der Ampel die Interessen der Firmen voranbringen und bei weiteren Hilfsprogrammen berücksichtigen würden. Eine Herzensangelegenheit von ihr sei die Bildungsgerechtigkeit. Sie sprach hier direkt Festwirt Nico Metz an und sagte, Institutionen wie die Wasenschule müssten erhalten und ausgebaut werden, damit Schaustellerkinder die gleichen Chancen haben wie andere Kinder.

An den rustikalen Tischen wurde anschließend weiterdiskutiert, aber auch auf das Cannstatter Volksfest angestoßen. Übrigens, wer es nicht mitbekommen hat: Alle Getränke bezahlte der Kreisverband! Dank an den Vorstand für diese Einladung.



→ v.l.n.r. **Judith Skudelny MdB**, Gastgeber **Nico Metz** mit seiner Frau **Jessica**



→ v.l.n.r. **Ben Zimmermann**, **Julia Debernitz**, **Dr. Julian Lohf** und **Michael Conz**



→ v.l.n.r. **Dr. Thilo Scholpp**, **Leonie Hermann**, **Christian Schlepple**

PARTEITAG DES FDP-BEZIRKSVERBANDS REGION STUTTGART AM 19. NOVEMBER 2022



Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

Die rund 100 Delegierten, davon 27 vom Kreisverband Stuttgart, trafen sich am Samstag um 10 Uhr in der Osterfeldhalle. Nach der Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden **Hartfrid Wolff** und den Formalien sprach der stellvertretende Landesvorsitzende **Pascal Kober MdB**. Mit seinen Reflexionen unter dem Titel: „F ist „Für“ und „Freiheit““ hat er uns alle zum Nachdenken darüber angeregt, was man mit der FDP verbindet. Woran denkt man, was assoziiert man mit ihr? Wie sieht sie aus, wie schmeckt sie, wie fühlt sie sich an? Unsere Politik müsse man vorrangig mit dem Kopf begreifen. Dabei konzentrieren wir uns auf das „Für“, nicht auf das „Gegen“. Freiheit zur Verantwortung bedeute auch, einen Staat zu gestalten, der zur Vielfalt unserer Gesellschaft passt, nicht umgekehrt. Und dass Menschen in diesem Staat Erfolge auch genießen dürfen. Pascal Kober, von Beruf Pfarrer der evangelischen Landeskirche und Militärseelsorger, hat bei den Delegierten einen Nerv getroffen – der Beifall kam von Herzen. Der Fraktionsvorsitzende der Regionalfraktion **Kai Buschmann** berichtet über die große Kompetenz des Regionalverbandes bei Windkraft und die Behinderung durch Land und Bund bei der Umsetzung von Vorhaben. Die geplante Entwicklung der Wasserstraße Neckar mit ihren 27 Schleusen und über 100 Brücken und den daraus resultierenden Notwendigkeiten, waren sein zweiter Berichtsschwerpunkt. **Dennis Birnstock MdL** beklagte den stetig wachsenden Landeshaushalt. Trotz 2,5 Mrd. € zusätzlicher Steuereinnahmen plant die Landesregierung eine Schuldenaufnahme von 1 Mrd. €. Umso wichtiger ist das geplante Volksbegehren für einen schlanken Landtag, über das die Generalsekretärin **Judith Skudelny** berichtete. Durch Reduzierung der Wahlkreise könnten rund 200 Mio. € eingespart werden. Einblicke in ihre Arbeit gaben außerdem **Andreas Glück MdEP** sowie die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses **Renata Alt MdB**.

ANTRÄGE

Ihre Ausführungen zum Iran ergänzten inhaltlich den Antrag des KV Stuttgart „Iranische Frauen müssen in Deutschland ohne Einwilligung ihres Vaters heiraten können“, den unsere Beisitzerin **Dajana Hummel** einbrachte. Unser Mitglied **Azin Sadati-Schmutzer** gab zusätzlich Einblicke in die politische Situation in ihrem Heimatland Iran. **Julia Goll MdL** versprach das Thema aufzugreifen und hat zwischenzeitlich eine Anfrage dazu an die Landesregierung gestellt.

Eric Neumann, Beisitzer und Gemeinderat, brachte den Antrag zum Onlinezugangsgesetz 2.0. ein. Beide Anträge des KV Stuttgart wurden einstimmig angenommen. Zwei weitere Anträge wurden ebenfalls einstimmig bzw. mehrheitlich beschlossen: Keine Mobilitätsabgabe in der Region Stuttgart und: Regulatorik abbauen – Zugang zu alternativen Anlageklassen erleichtern. Alle vier Anträge sind beim Landesparteitag eingebracht.

Die Kreisvorsitzende **Gabriele Reich-Gutjahr** kündigte an, dass der Kreisverband für den Landesparteitag einen Satzungsänderungsantrag einbringen werde, der künftig auch Doppelspitzen auf allen Gliederungsebenen – freiwillig und geschlechtsunabhängig – ermöglichen soll.

BUNDESPARTEITAGSDELEGIERTEN

Der Bezirksparteitag wählte die Vorschläge für Delegierte und Ersatzdelegierte zum Bundesparteitag (Abteilung II). Der Kreisverband Region Stuttgart darf nach derzeitigen, vorläufigen Zahlen je 17 Delegierte und Ersatzdelegierte vorschlagen. Die jeweils vier Vorschläge aus Stuttgart sind alle auf sichere Plätze gewählt worden.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES KREISVERBANDES MIT DELEGIERTENWAHLEN UND JUBILAREHRUNGEN



Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

Die Hauptversammlung der Stuttgarter Freien Demokraten fand am Montag, 14. November 2022 im Kleinen Kursaal in Cannstatt statt. Turnusgemäß standen Delegiertenwahlen zu Bundesparteitagen, Landes- und Bezirksparteitagen sowie zu den Landeshauptausschüssen 2023 und 2024 an. Ebenso die Ehrungen langjähriger Mitglieder. Vor mehr als hundert Parteimitgliedern, gab die Kreisvorsitzende Gabriele Reich-Gutjahr Einblick in die Mitgliederentwicklung. „Wir sind aktuell stabil bei 800 Mitglieder in Stuttgart und mit 8,2% der Mitglieder der stärkste Kreisverband im Land. Erfreulich ist, dass sich auch ein Jahr nachdem die Ampel die Arbeit aufgenommen hat, Ein- und Austritte die Waage halten. Seit jeher sind Regierungszeiten schwierige Zeiten, nicht zuletzt in dieser erstmaligen Dreierkonstellation. Wenn Mitglieder austreten, dann oft mit dem Hinweis auf unerfüllte Erwartungen in der Regierungsarbeit. Ich kann nur sagen: Koalitionen leben vom Kompromiss. Wer mehr liberale Politik haben möchte, muss MEHR FDP wählen, nicht weniger! Noch mehr Mitglieder für die Liberale Idee zu gewinnen, bleibt unsere gemeinsame Verantwortung. Dazu planen wir u. a. eine Kampagne in den sozialen Medien, die die Vielfalt unserer Mitglieder zeigt“. Der Vorsitzende der Jungen Liberalen Stuttgart **Niklas Metz** lobte in seinem Grußwort die Bundesregierung vor allem für ihre gesellschaftspolitischen Erfolge: „Mich freut besonders, dass viele gesellschaftsliberale Themen wie die Abschaffung von § 219a und die BAföG-Reform von der Ampel umgesetzt wurden. Viele dieser Punkte sind ursprünglich von den Julis in die FDP getragen worden.“ Unter der Überschrift „Ein Jahr Ampel: Rückblick und Ausblick“ ordnete **Judith Skudelny MdB**, als Vorsitzende der FDP-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Politik der Bundesregierung ein. „Durch Putins völkerrechts-

widrigen und brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine, eine beispiellose Energiekrise und die hohe Inflation befinden wir uns in einer ganz besonderen Situation“, machte Skudelny deutlich. In dieser Situation sei es richtig und wichtig, Wirtschaft und Menschen bei den Gaspreisen zu helfen: „Es ist für die deutsche Wirtschaft absolut notwendig, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, die die Wirtschaftskraft und die Arbeitsplätze für die Menschen in Deutschland erhalten. Der 200 Milliarden Euro starke Abwehrschirm der Bundesregierung ist dabei auch ein deutliches Zeichen an Putin: Wir werden uns durch den Energiepreiskrieg nicht klein kriegen lassen“, so Skudelny. „Wir werden diese Krise bestehen und gestärkt aus ihr hervorgehen. Die Demokratien der Welt müssen immer stärker sein als die Autokratien der Welt. Wir werden unsere Energieversorgung verbreitern und uns nie wieder abhängig machen von Despoten.“ In diesem Zusammenhang müsse Deutschland aber auch bereit sein, auf Fracking zu setzen. „Als Brückentechnologie werden wir Gas noch eine ganze Weile lang benötigen. Wenn Deutschland nicht von anderen Ländern abhängig sein will, muss es seine Hausaufgaben machen und endlich seine eigenen Erdgasvorkommen nutzen!“ Zum Abschluss räumte die Stuttgarter Bundestagsabgeordnete mit Falschinformationen über das Bürgergeld auf, das von der Union im Bundesrat blockiert wurde. „Das Bürgergeld ist kein bedingungsloses Grundeinkommen. Wir sind die Partei der Leistungsgerechtigkeit und deshalb hat die FDP durchgesetzt, dass es für diejenigen, die sich nicht um Arbeit bemühen, weiterhin Sanktionsmöglichkeiten gibt.“ Gleichzeitig wies Skudelny darauf hin, dass das Bürgergeld entscheidende Leistungsanreize setze: „Leistung muss sich lohnen und deshalb verbessern wir die Zuverdienstregeln, damit es sich lohnt, Arbeit anzunehmen oder Arbeitsstunden auszuweiten.“



JUBILARE 2022

In diesem Jahr standen 10 Mitglieder zur Ehrung an. Nachdem 2021 coronabedingt kein Jubilar anwesend war, konnten dieses Jahr 6 Jubilare im Rahmen der Feierstunde geehrt werden. Die Ehrungen wurden musikalisch eingeleitet von der Pianistin **Ilonka Heilingohr**. Die Kreisvorsitzenden **Gabriele Reich-Gutjahr** und die Generalsekretärin Judith Skudelny ehrten die anwesenden Jubilare und überreichten Urkunde, Nadel und ein Weinpräsent des Weinguts der Stadt Stuttgart. Unterstützt wurden sie durch den Ehrenvorsitzenden **Armin Serwani**. Wir freuten uns, dass mit **Gabriele Zoller** und **Prof. Dr. Dr. h. c. Karl Stahr** auch zwei Jubilare aus 2021 für das Gruppenbild dabei waren.

Auf 60 Jahre Mitgliedschaft kann die Ehrenvorsitzende **Ingrid Walz**, langjährige Abgeordnete in Land und Bund sowie einstige Stadträtin zurückblicken. Sie konnte leider nicht persönlich erscheinen und wurde im Vorfeld von der Kreisvorsitzenden und der Stadträtin **Sibel Yüksel** im Kreis ihrer Tochter und ihres Mannes geehrt.

Für 50 Jahre



Herr Prof. Dr. Franz-Jörg Semler
(Stadtgruppe Degerloch)



Herr Helfried Lutz
(Stadtgruppe Bad-Cannstatt; lange im Stadtgruppenvorstand aktiv, Bezirksbeirat)

Für 40 Jahre



Herr Alexander Brecht
(Stadtgruppe Feuerbach; jahrelang Vorsitzender der Stadtgruppe Plieningen/Birkach, Bezirksbeirat, Beisitzer im Kreisvorstand)



Herr Christof Blauß
(Stadtgruppe Degerloch; war der erste Kreisvorsitzende der neugegründeten Jungen Liberalen in Stuttgart, war Mitglied im Kreisvorstand der FDP)

Herr Erwin Bächle
(Stadtgruppe Neckarvororte, war auch Mitglied in den Stadtgruppenvorständen)



Herr Heinz Fode

(Stadtgruppe Stammheim/Zuffenhausen)

Herr Dr. Robert Wagner

(Stadtgruppe Stuttgart-Nord: war 4 Jahre Stadtgruppenvorsitzender in Stuttgart-Nord)

Herr Dirk Brauer

(Stadtgruppe Weilimdorf)



Frau Charlotta Eskilsson

(Stadtgruppe Stuttgart-Nord; Mitglied im Kreisvorstand und seit 2009 stv. Kreisvorsitzende, seit 2010 im Landesvorstand, Vorsitzende der Antragskommission bei Bundesparteitag, seit 2019 erstmals seit den 80er Jahren erste Bezirksvorsteherin der FDP in den Innenstadtbezirken.

ERGEBNISSE DER DELEGIERTENWAHLEN

BEZIRKSPARTEITAG UND LANDESPARTEITAG

Delegierte: Friedrich Haag MdL, Judith Skudelny MdB, Gabriele Reich-Gutjahr, Charlotta Eskilsson, Michael Marquardt, Eric Neumann, Armin Serwani, Dajana Hummel, Martina Weishaupt, Dr. Timur Lutfullin, Gabriele Heise, Dr. Cornelius Hummel, Susanne Winkler, Johanna Molitor, Dr. Thilo Scholpp, Niklas Metz, Volker Weil, Alexander Pross, Liane Bott-Voelker, Alexander Brecht, Wolf Dieter Dallinger, Anke Pross, Julia Debernitz, Dr. Thilo Reith, Michael Sommerer, Brigitta Haak, Frank Bantle

Ersatz-Delegierte: Michael Conz, Loenie Hermann, Benedikt Zimmermann, Janina Pahmeier, Dr. Ulrich Schnabel, Sabine Joos, Slavica Benko, Julian Götz, Apostolos Nektarios Agelidis, Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Stahr, Jürgen Reichert, Tician Boschert, Tobias Burk, Dr. Frank Finzenhagen, Sylvia Vogt, Mark Wiczorrek, Juliane Becker, Philipp Bubeck, Dr. Markus Martin, Alina Palmetshofer, Silas Koke, Jochen Merkle, Hans Vogt, Ursula Breitschwerdt, Christian Riedel, Robert Wörner, Theodoros Tonas

LANDESHAUPTAUSSCHUSS

Delegierte: Judith Skudelny MdB, Friedrich Haag MdL, Charlotta Eskilsson, Gabriele Reich-Gutjahr, Michael Marquardt, Armin Serwani, Volker Weil

Ersatz-Delegierte: Dr. Cornelius Hummel, Dajana Hummel, Liane Bott-Voelker, Alexander Brecht, Wolf Dieter Dallinger, Dr. Thilo Scholpp, Benedikt Zimmermann

BUNDESPARTEITAG

Delegierte: Judith Skudelny MdB, Gabriele Reich-Gutjahr, Eric Neumann, Michael Marquardt

Ersatz-Delegierte: Volker Weil, Armin Serwani, Gabriele Heise, Dajana Hummel

EISHEILIGE

Delegierte: Charlotta Eskilsson

Ersatz-Delegierter: Niklas Metz

SOCIAL-MEDIA-FRAUENKAMPAGNE DER FDP STUTTGART



Dr. Cornelius Hummel
Beisitzer im Kreisvorstand
Bezirksbeirat Mitte

Mit dem Ziel der Gewinnung von neuen weiblichen Mitgliedern für unsere Partei, hat sich das Social-Media-Team der FDP Stuttgart an interessierte Frauen aus dem Kreisverband gewandt. Wir wollten zehn Frauen mit und ohne Mandat für eine Testimonial-Kampagne gewinnen, was uns auch gelungen ist.

Mitte November war es nun soweit, und wir konnten bei bestem Winterwetter die Fotos mit den Teilnehmerinnen machen. Diese werden mit einem persönlichen Statement des Mitglieds versehen und dann als Werbeanzeige an in Stuttgart wohnhafte Menschen in den sozialen Medien als bezahlte Werbung ausgespielt. Nutzerinnen von Facebook oder Instagram kommen von diesen Onlineanzeigen dann über einen Link direkt auf den Onlinemitgliedsantrag der FDP Stuttgart, den sie dort direkt ausfüllen und absenden können.

Soziale Medien wie Facebook oder Instagram sind für die Kommunikation unserer lokalen Parteiarbeit unerlässlich. Neben der üblichen Ansprache der Abonnenten des Kanals der FDP Stuttgart bietet sich durch bezahlte Werbung auf diesen Kanälen die Möglichkeit, Personen anzusprechen, die unsere Posts sonst nicht sehen, da sie uns dort nicht folgen. Mit relativ geringem finanziellem Aufwand lassen sich so aber gezielt viele Menschen erreichen, die in Stuttgart wohnen. Wir werden mit einer kleinen Kampagne von 30.000 bis 60.000 Impressionen um Weihnachten die Konversion von Anzeige zu tatsächlich ausgefüllten und abgeschickten Mitgliedsanträgen testen. Sollte diese Aktion erfolgreich zu neuen Mitgliedern führen, werden wir diese Form der Mitgliederwerbung im nächsten Jahr ausbauen.

Was können wir aus Ihrer Sicht tun, um mehr Frauen für die Partei zu begeistern? Schreiben Sie mir:

cornelius.hummel@fdpstuttgart.de



→ Azin Sadati-Schmutzer und Christian Göhler

RENATA ALT MDB SPRACH BEI DER KUNDGEBUNG DES PULSE OF EUROPE ZUM INTERNATIONALEN TAG DER MENSCHENRECHTE



Susanne Winkler

Stv. Vorsitzende Liberale Frauen BV Stuttgart
Beisitzerin im Landesvorstand der LiF BW

Renata Alt MdB und Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sprach für den Kreisverband der FDP Stuttgart bei der Kundgebung von bei Pulse of Europe zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2022 in Stuttgart.

Viele Betroffene und politische Beobachter meldeten sich zu Wort, um über die Erkenntnisse, das erfahrene Leid und die fortlaufenden Verstöße gegen die Menschenrechte in ihren Heimatländern zu berichten. Die Energie und der Wille etwas mit den Aktionen zu bewegen und zu verändern und immer wieder sichtbar zu sein, trieb alle Freiheitsliebenden an diesem Nachmittag einmal mehr an. So auch die Liberalen vom Kreisverband Stuttgart mit der Kreisvorsitzenden **Gabriele Reich-Gutjahr**, der Vorsitzenden der Liberalen Frauen in Stuttgart, **Susanne Winkler** sowie Mitgliedern der Stadtgruppe West, u.a. **Azin Sadati-Schmutzer**, die selbst Iranerin ist. Renata Alt stellt in Ihrer Rede dar, wie die Ereignisse ineinandergreifen und warum die Entwicklungen uns alle angehen:

„Sehr geehrte Damen und Herren, heute sollte in Oslo der Friedensnobelpreis an den belarussischen Menschenrechtler Ales Bjaljazki überreicht werden. Aber er darf nicht nach Norwegen reisen. Seit über einem Jahr sitzt er in Belarus im Gefängnis. Wir alle erinnern uns an die Demonstrationen nach der gefälschten Präsidentschaftswahl in Belarus vor zwei Jahren. Zigtausende von Menschen gingen damals gegen Alexander Lukaschenko auf die Straße, um seine Diktatur zu stürzen. Sie demonstrierten für Demokratie, für Freiheit und für Menschenrechte. Leider gelang es Lukaschenko mit Putins Hilfe, die Proteste niederzuschlagen. Das war nicht nur tragisch für die Menschen in Belarus, sondern



Gabriele Reich-Gutjahr

Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

auch für ihre Nachbarn in der Ukraine. Denn von Belarus aus griffen russische Soldaten im Februar dieses Jahres die ukrainische Hauptstadt an. Glücklicherweise konnte Kiew verteidigt werden.

Aber in dem Vorort Butscha richtete die russische Armee ein Massaker an, das uns alle zutiefst schockiert hat. Dieses Massaker wäre nicht passiert, wenn Ales Bjaljazki und die vielen anderen Demonstranten in Belarus vor zwei Jahren erfolgreich gewesen wären! Denn ein freies, demokratisches Belarus hätte keinen russischen Angriff von seinem Staatsgebiet aus geduldet.

Wir müssen aus den gescheiterten Protesten in Belarus lernen. Es darf uns nicht egal sein, wenn in anderen Ländern Menschenrechte missachtet werden und Unschuldige ins Gefängnis geworfen werden. Denn die Folgen spüren wir später immer auch wir selbst!

Die russische Armee zerstört mutwillig die Energie-Infrastruktur in der Ukraine. Viele Menschen haben dort gerade keinen Strom und sitzen in der Kälte. Als Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe verspreche ich: Wir werden die Ukrainerinnen und Ukrainer in ihrer Not auch weiter nach Kräften unterstützen. Denn hier geht es nicht nur um die Ukraine. In der Ukraine werden auch unsere Werte, Menschenrechte und der Frieden in Europa verteidigt. Es geht um die Sicherheit von Europa!

In der Ukraine wurden Kriegsverbrechen begangen. Mehr als 7.000 Kinder wurden zu Zwangsadoptionen in Russland angeboten. Diese ukrainischen Kinder sind verschwunden. Sie bekamen andere Namen. Jede Mutter, jeder Vater hier



→ v.l.n.r. Azin Sadati-Schmutzer, Kreisvorsitzende Gabriele Reich-Gutjahr und Renata Alt MdB

vor Ort kann sich vorstellen, welche Qualen er erleben würde, wenn er/sie sein eigenes Kind nicht mehr finden könnte.

Jeder russischer Soldat und alle Verantwortlichen, auch aus dem Umfeld von Wladimir Putin, müssen sich für diese Kriegs- und Völkerrechtsverbrechen vor einem Strafgerichtshof verantworten und bestraft werden!

Aus der Zeitenwende, die wir gerade erleben, müssen wir die richtigen Lehren ziehen: Diejenigen, die sich gegen Diktatoren und gegen Unterdrückung auflehnen, brauchen unsere Unterstützung – überall auf der Welt.

Seit drei Monaten demonstrieren die Menschen im Iran. Im Iran geht es nicht nur um die Abschaffung des Kopftuchzwangs. Die Menschen wollen Demokratie, Freiheit und Menschenrechte – für Männer und Frauen!

Hunderte von Demonstranten wurden bereits getötet, darunter viele Jugendliche und Kinder. Tausende von Demonstranten wurden schon verhaftet. Diese Woche wurde der erste Gefangene gehängt. Viele weitere Inhaftierte werden getötet, wenn wir nichts dagegen unternehmen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Freiheitsbewegung im Iran zerschlagen wird! Wir müssen die mutigen Iranerinnen und Iraner unterstützen! Woman – Life – Freedom!

Die Außenminister der EU werden am Montag weitere Sanktionen gegen den Iran verhängen. Sie treffen nicht nur Verantwortliche für Menschenrechtsverstöße im Iran, sondern auch Verantwortliche für Drohnenlieferungen an Russland. Mit iranischen Drohnen zerstört Russland die Energieversorgung in der Ukraine und tötet unschuldige Zivilisten.

Wir sehen: Die Diktatoren dieser Welt unterstützen einander. Die Diktatoren vertrauen einander aber nicht. Das ist deren Schwäche. Und das muss unsere Stärke werden!

Wir Demokraten müssen gemeinsam gegen die Diktatoren aufstehen und unsere Demokratien verteidigen, weltweit! Menschenrechte sind universell und nicht verhandelbar! Wir müssen für die Menschenrechte immer kämpfen – überall auf der Welt.

Slawa Ukraine!
Woman – Life – Freedom!“



DIE ZUKUNFT DER INNENSTADT – TEIL 4



Dr. Cornelius Hummel
Beisitzer im Kreisvorstand
Bezirksbeirat Mitte

Dr. Cornelius Hummel: In der letzten Ausgabe habe ich vom Aktursgespräch mit Gastronomen, Einzelhändlern und Kulturmanagern berichtet. Das Thema Sicherheit in der Stadt spielte auch dort eine wichtige Rolle. Schon vor einigen Monaten hatten Landtagsabgeordneter **Friedrich Haag** und Stadtrat **Eric Neumann** daher eine Gesprächsrunde organisiert, mit dem Titel „Zwischen Waffenverbotszone und Riesenrad – Wie ein friedliches Miteinander in der Innenstadt gelingt“. Das Podium war mit dem Leiter des Innenstadtreviers **Jens Rügner**, Nachtmanager **Nils Runge** und dem Projektleiter der Mobilen Jugendarbeit Innenstadt **Simon Fregin** besetzt. **Pia Nowotny**, die Geschäftsführerin des Cafés „Martha’s“ am Schlossplatz, ergänzte die Runde aus dem Publikum mit einer Darstellung aus Sicht der Gastronomie vor Ort.

In der Quintessenz waren sich alle Beteiligten darin einig, dass im Innenstadtbereich vor allem eine ausgewogene Durchmischung des Publikums wichtig ist und deeskalierend wirkt. Eine Durchmischung des Publikums ist jedoch kein Selbstläufer und kann auch mit Konflikten einhergehen, die moderiert werden müssen. Die Stadt Stuttgart hat dazu ein Konzept aufgestellt, das aus infrastrukturellen, präventiven und ordnungsrechtlichen Maßnahmen besteht. So hat die mobile Jugendarbeit auf dem kleinen Schlossplatz eine Reihe von Veranstaltungen abgehalten, die Jugendlichen die Möglichkeit bot, sich dort sportlich, musikalisch oder kreativ einzubringen. So konnte den jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit geboten werden, die eigene Leistung den Passanten und Besuchern vorzuführen. Genau dies wurde von den Jugendlichen bei der abschließenden Evaluierung positiv herausgestellt, dass die Anerkennung des Publikums für die eigene Leistung wichtig für sie war.



Eric Neumann
Stadtrat

Weitere Veranstaltungen auf dem großen und kleinen Schlossplatz wie bspw. die kommende Silvesterfeier mit nationalen und internationalen Stars bei der 20.000 Menschen erwartet werden, soll alt und jung in die Stadt locken. Damit sollte für den Leiter des Innenstadtreviers Jens Rügner in diesem Jahr hoffentlich für ein gemischteres Publikum im Stadtzentrum gesorgt sein.



Eric Neumann: Nachtmanager Nils Runge berichtete über die erfolgreiche Kampagne „Nachtsam – Mit Sicherheit besser feiern“ (nachtsam.info), die auch in Stuttgarts Nachtleben für ein besseres Sicherheitsgefühl sorgen soll. Er betonte auch den Beitrag der Stuttgarter Clubs als wichtigen Bestandteil der Infrastruktur für ein sicheres Nachtleben. Im Bereich der ordnungsrechtlichen Maßnahmen wurde vor allem die Einführung von Waffenverbotszonen diskutiert. Jens Rügner stellte bereits in dieser Gesprächsrunde heraus, dass das Ausrufen von Waffenverbotszonen die Polizeiarbeit deutlich vereinfachen würde. Zum damaligen Zeitpunkt war jedoch noch nicht klar, wie eine Waffenverbotszone genau ausgestaltet werden würde. Wenn es um die Einführung von Verboten geht, steht es jedem Liberalen gut zu Gesicht, genauer hinzusehen. Die FDP-Gemeinderatsfraktion hatte daher zunächst einige Kritikpunkte an den Plänen – hier die wesentlichen:

1. Das Aufstellen von Schildern, die auf eine Waffenverbotszone hinweisen, würde beliebte und auch durch Touristen hochfrequentierte Innenstadtbereiche als Kriminalitätsschwerpunkte stigmatisieren und eine negative Außenwirkung erzeugen.
2. Der Mehrwert bzw. die Verhältnismäßigkeit einer Waffenverbotszone im Vergleich zu den Vollzugsmöglichkeiten des bereits geltenden Waffengesetzes wurde nicht plausibel dargestellt bzw. mit nachvollziehbaren Zahlen hinterlegt.
3. Die Wirksamkeit von Waffenverbotszonen (aus Erfahrungen anderer Kommunen wie Düsseldorf und Leipzig) wurde nicht bewiesen – eine Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls durch so eine Maßnahme wurde sogar widerlegt.

Viele der genannten Kritikpunkte konnten im Laufe eines längeren Entscheidungsprozesses ausgeräumt werden – die Stadt legte dem Gemeinderat am 15. Dezember 2022 schlussendlich eine Beschlussvorlage zur Einrichtung einer Waffenverbotszone vor, die auch Skeptikern ein gutes Stück entgegenkam: Die Waffenverbotszonen werden zeitlich und räumlich begrenzt; der Beschluss gilt zunächst für maximal 2 Jahre; das Aufstellen von Schildern ist nicht nötig – es reicht eine Bekanntgabe im Amtsblatt. Da jedoch auch am 15. Dezember 2022 noch kein lückenloses Zahlenwerk zu den Messerdelikten in der Innenstadt vorlag, brachte die FDP-Fraktion den Beschlussantrag ein, die Wirksamkeit der Waffenverbotszone anhand nachvollziehbarer Vergleichszahlen nach spätestens eineinhalb Jahren zu evaluieren. Wir hoffen, dass durch die Gesamtheit der in diesem Beitrag beschriebenen Maßnahmen eine nachhaltige Verbesserung der Sicherheit und auch des subjektiven Sicherheitsgefühls in der Innenstadt geschaffen wird.

Wie sehen Sie das Thema Sicherheit in der Stadt? Schreiben Sie uns Ihre Meinung zu dem Thema an: eric.neumann@stuttgart.de oder cornelius.hummel@fdpstuttgart.de.



**SIE BENÖTIGEN
EINE NEUE
WEBSEITE FÜR ...**

**... IHREN VERBAND?
... IHREN KANDIDATEN?**



BEISPIELE UNTER WWW.FDPWEBSERVER.DE



thinkliberal.de

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln, wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten, auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort. Dazu gehören u.a. Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate. Unser Angebot umfasst außerdem Messe- und Kongressequipment, sowie Drucksachen, wie z.B. Tischaufsteller, Visitenkarten uvm. im aktuellen Design der Freien Demokraten und Jungen Liberalen.

Wir bieten Ihnen dabei die Möglichkeit bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch unserer Webseite!

Ihr Shop für FDP Werbemittel



BTW MARKETING | Inhaber: Michael Szopieray
Burgstraße 27 | 59368 Werne | Telefon: 0 23 89 / 9261-170
info@thinkliberal.de | www.thinkliberal.de

THOMAS SATTELBERGER IM GESPRÄCH MIT CORNELIUS HUMMEL



Dr. Cornelius Hummel
Beisitzer im Kreisvorstand
Bezirksbeirat Mitte

40 Jahre Topmanager in vier DAX-Unternehmen und fünf Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages. Zuletzt sogar parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung. Auf Einladung unseres Mitglieds **Dr. Julian Lohf** aus der Stadtgruppe Mitte/Süd und Geschäftsführer **Christian Lorenz** war **Thomas Sattelberger** und ich zu Besuch im Innovationshub CODE_n im Fasanenhof. Unter dem Motto Großartige/Unartige Köpfe, eine Gesprächsreihe zu der CODE_n regelmäßig interessante Persönlichkeiten wie zuletzt den Stuttgarter Künstler **Tim Bengel** einlädt, durfte ich Herrn Sattelberger ins Gespräch verwickeln. Thema des Abends war: „Politik vs. Innovation“. Als Kenner beider Seiten, der von innovativen Unternehmen wie Daimler, Lufthansa, Continental und der Deutschen Telekom, sowie zuletzt als Berufspolitiker in Berlin, konnte Thomas Sattelberger von seinen Schwierigkeiten als Manager mit den Rahmenbedingungen der Politik und seinen Bestrebungen als Politiker zu innovationsfreundlicher Politik berichten. Sattelberger, der sich bereits in seiner Zeit bei der Daimler Tochter MTU als Vordenker für die Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort einsetzte, bevor es den Begriff *New Work* in Deutschland gab, zeigte sich enttäuscht über die jüngsten Entwicklungen im Arbeitsrecht. Die Inno-

vations- und Kreativwirtschaft brauche freie Zeiteinteilung die es bspw. Gründern und Start-ups ermöglicht in wichtigen Phasen des Unternehmensaufbaus auch mal mehr zu arbeiten, wenn wichtige Projekte es erfordern. Neben den unflexiblen Regelungen der Arbeitszeit sieht Sattelberger das Thema öffentliche Förderung als Problem für Innovation in Deutschland. Gründer und Start-ups müssten mit Zuschüssen und Risikokapital genauso gefördert werden wie die großen Forschungseinrichtungen wie die Fraunhofer, Leibniz oder Helmholtz. „Wir füttern die Goliaths, Davids müssen darben“, resümierte Sattelberger.

Zum Abschluss gab er als ehemaliger Bildungspolitiker seine Vision für Innovationsförderung und Start-up-Kultur für Schulen an die Gäste weiter. So setzt er sich trotz seines Ausscheidens aus dem Bundestag für die Einrichtung von sog. *Maker-Garagen* an Schulen ein, in denen junge Menschen an neue Techniken wie 3D-Druck oder kleine Maschinenprogrammierungen herangeführt werden. Für diese Initiative hat er bereits erste Sponsoren gefunden, sucht aktuell aber immer noch nach weiteren Förderern. Für die 35 Gäste und mich ein rundum gelungener Abend. Eine Folgeveranstaltung im nächsten Jahr ist bereits in Planung.



→ **Thomas Sattelberger (links) mit Dr. Cornelius Hummel**



→ **Thomas Sattelberger, Gabriele Reich-Gutjahr mit Gastgeber Dr. Julian Lohf**

WOHNBAU IN STUTTGART – SO SCHWERFÄLLIG WIE IM GANZEN LAND



Jens Daldrop
Vorsitzender AK Bauen und Wohnen

Es fehlen tausende Wohnungen in Stuttgart, viele ältere Bestandsimmobilien müssten dringend energetisch saniert werden und in immer mehr Quartieren wird Wohnen unattraktiv, weil die Nahversorgung dort wegbricht. Hinzu kommt, dass gerade private Vermieter und Investoren durch lange Genehmigungsprozesse und Bürokratie müde werden, neuen Wohnraum zu schaffen und in der Öffentlichkeit gerne mit den schwarzen Schafen der Immobilienbranche als „Heuschrecken“ verunglimpft werden. Was müsste sich ändern? Wo könnten schnell mehr Wohnungen entstehen? Was macht die Landesregierung? Darüber sprachen wir vom Arbeitskreis Wohnen und Bauen Mitte Oktober mit unserem Stuttgarter Landtagsabgeordneten **Friedrich Haag**. Er kam zu einer AK-Sitzung, an der auch unsere Kreisvorsitzende **Gabriele Reich-Gutjahr** sowie die Stadtgruppenvorsitzenden **Frank Bantle** (SG Ost) und **Wolf Dieter Dallinger** (SG Nord) teilnahmen. Es trifft sich gut, dass Friedrich Haag der wohnungsbaupolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Landtag ist und unsere Kreisvorsitzende dieses Amt in der letzten Legislatur als MdL ausübte. Insofern konnten wir im AK fundierte Informationen erwarten, die wir auch erhielten.

Nach einer Vorstellungsrunde gab Friedrich Haag einen Kurzüberblick, was auf Landesebene läuft bzw. nicht läuft. Es ist erschreckend: Seit bald zwei Jahren gibt es ein neues Wohnbauministerium, das erst mal Monate brauchte, um sich zu organisieren. Jetzt kommen nur Klein-klein-Projekte aus dem Hause wie Förderung von Wohnen im Denkmal oder ein Mietspiegelgesetz (das allerdings die Umsetzung einer Bundesvorgabe ist). Eigentümer und Investoren werden von Jahr zu Jahr mehr belastet – sei es durch die Milieuschuttsatzung oder aktuell die Solardachpflicht bei Sa-

nierungen. Friedrich Haag meinte: „Viele ältere Hausbesitzer verschieben deshalb notwendige Reparaturen, zudem gibt es kaum Material und Handwerker für die Installation.“ Er berichtete auch von seiner MdL-Anfrage, die ergab, dass das Land in Stuttgart nur 7 Prozent seiner Immobilien bislang mit Solaranlagen bestückt hat, was keine Vorbildfunktion sei.

In der Diskussion kamen wir zum Schluss: In Sachen Wohnbau braucht es viele „Wumms“. Es geht um Nachverdichtungen, eine neu bearbeitete Landesbauordnung, einfaches und billiges Bauen etwa durch Modul- und Fertighäuser, energetische Sanierungen von Bestandsobjekten sowie in Stuttgart um die Umsetzung des Baulandmobilisierungsgesetzes zur unbürokratischen Ausweisung neuer Bauflächen wo möglich. Nur durch ein Mehrangebot wird Wohnen günstiger und benötigte Fachkräfte kommen dann in die Landeshauptstadt. In diesem Kontext: Viele Quartiere verlieren ihre Nahversorgung und Ladenvielfalt. Was folgt sind oft Ladenstrukturen, welche nicht zum Verweilen einladen. Auch hierfür braucht es Konzepte, denn zur Wohnqualität zählt das Quartier mit Läden, Gastronomie und Angeboten für die Menschen. Als Arbeitskreis wollen wir an allen Themen dranhängen und Ideen für Stuttgart ausarbeiten. Wir waren uns bei der Sitzung mit Gabriele Reich-Gutjahr und Friedrich Haag einig, dass die FDP Stuttgart bei den nächsten Gemeinderatswahlen 2024 gute liberale Konzepte für Wohnen und Bauen in Stuttgart vorlegen sollte.

Die nächste Arbeitskreissitzung findet im Januar 2023 statt. Der genaue Termin wird noch bekannt gegeben. Interessierte können gerne im AK mitarbeiten. Ansprechpartner sind **Christof Schmutzer** [cp.schmutzer@googlemail.com] und **Jens Daldrop** [jndaldrop@gmail.com]

FRIEDEN IN DER UKRAINE – ZWEITE VERANSTALTUNG DER EVENT-REIHE „HEY ZUKUNFT!“ MIT RENATA ALT MDB



Tobias Burk

Stv. Stadtgruppenvorsitzender
Plieningen/Birkach

Auch die zweite Veranstaltung der Event-Reihe „Hey Zukunft!“ der FDP-Stadtgruppe Plieningen/Birkach am 5. Oktober im Alten Rathaus in Plieningen ist wieder auf eine große Resonanz gestoßen. Erneut erschienen knapp 50 interessierte BürgerInnen und hörten einen bewegenden Vortrag der Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, **Renata Alt**, über die Lage in der Ukraine.

Alt schilderte die Not der Menschen. Nicht nur die der UkrainerInnen, sondern auch die der russischen Bevölkerung. Beide Völker sind Opfer des Despoten Putin und seines menschenverachtenden Systems. Alt zeigte Wege und Lösungen auf, die zumindest zu einem Waffenstillstand und der Aufnahme von Friedensverhandlungen führen könnten. Allerdings wurde sehr klar und deutlich, wie lang und beschwerlich und wie herausfordernd dieser Weg noch sein wird.

Sehr nahbar und verständlich zeigte Renata Alt auch die kurz- bis mittelfristigen Folgen dieser Krise für die westliche Allianz auf und deren Konsequenzen: Eine Änderung des Denkens, die Verabschiedung von lang als richtig eingeschätzten Überzeugungen – wir erleben eine Zeitenwende, fürwahr.

Nach ihrem ausführlichen und spannenden Referat stellte sich Renata Alt geduldig den vielen Fragen des sichtlich aufgewühlten Publikums. So traurig der Anlass war – uns, der FDP-Stadtgruppe Plieningen/Birkach war es wichtig, diesen derzeit alles beherrschenden Konflikt besser zu erklären und wir sind stolz und dankbar, mit Renata Alt sicher eine der kompetentesten Politikerinnen für diese Aufgabe gewonnen zu haben.

Der Erlös aus Essen und Getränken wird wieder an die Tafel in Möhringen gespendet. Die Tafel steckt aufgrund der aktuellen politischen Situation in Nachschubproblemen und freut sich daher über jede Spende.

Die Event-Reihe „Hey Zukunft!“ soll auch im nächsten Jahr mit weiteren aktuellen Themen und hochkarätigen Referentinnen und Referenten fortgesetzt werden.



→ **Dr. Thilo Reith, Renata Alt MdB und Brigitta Haak**

STADTGRUPPE BOTNANG WÄHLT NEUE BEZIRKSBEIRÄTE



Martina Weishaupt
Stadtgruppenvorsitzende Botnang

Am 27. Oktober 2022 haben die Mitglieder der Stadtgruppe Botnang **Leonie Hermann** zur Bezirksbeirätin und **Martin Tyszko** zum stellvertretenden Bezirksbeirat gewählt.

Wir wünschen den beiden viel Erfolg und interessante Sitzungen und freuen uns, dass wir so ein junges Team für unseren Bezirksbeirat gewinnen konnten.

Nach über 12 Jahren im Bezirksbeirat Botnang bin ich ausgeschieden, da ich nach Weilimdorf gezogen bin. Ich werde die Sitzungen, meine Bezirksbeiratskolleg:innen, die meist sachlichen und zielführenden Diskussionen und die nette Runde danach vermissen.



→ Die neue Bezirksbeirätin **Leonie Hermann** und ihr Stellvertreter **Martin Tyszko**

STADTGRUPPE WEST WÄHLT NEUEN VORSTAND



Philip Eberle
Stadtgruppe West

Dennis Schad ist neuer Vorsitzender der Stadtgruppe West. Unterstützt wird er von einem starken Vorstandsteam. Stellvertretende Stadtgruppenvorsitzende sind der Bezirksbeirat **Christof Schmutzer** und **Sabine Joos**, die ihr Amt als Bezirksbeirätin aufgrund eines Umzugs abgegeben hat. **Julia Debernitz** folgt als Schatzmeisterin auf **Dr. Matthias Werwigk**.

Beisitzer im Vorstand sind **Stefan Wöhler** und **Markus Hirsch**. Im Bezirksbeirat wird die Stadtgruppe West neben Christof Schmutzer zukünftig von **Nico Marek** vertreten. Neue Stellvertreter sind Dennis Schad und Stefan Wöhler.

MUTIGE FRAUEN BRAUCHT DAS LAND!



Dajana Hummel
Stv. Stadtgruppenvorsitzende Mitte/Süd

Aspekte des öffentlichen Lebens als Politikerin, vom Staatsdienst zum Start-up und der Weg der Integration: Mit drei unterschiedlichen Werdegängen und sehr persönliche Erfahrungen haben am 3. Dezember 2022 **Judith Skudelny** **MdB**, **Lisa Rosa Bräutigam** und **Simona Gläser** das Publikum mit verschiedenen Facetten von Mut beeindruckt. Zweifel und Unsicherheit? Klar! Und sind meistens Reaktionen, die von außen kommen. Hürden? Gibt es einige, sind selten planbar, aber auch meistens keine Show-Stepper. Jede einzelne hat Schritte unternommen, die für viele unvorstellbar sind. Mit ihren Geschichten ermöglichen sie einen Perspektivenwechsel. Sie zeigen auf, wo wir als Gesellschaft nur besser werden können.

Judith Skudelny, Politikerin, Person des öffentlichen Lebens, Arbeitgeberin, Partnerin einer Kanzlei, Mutter und Privatperson appelliert an Frauen mehr an sich zu glauben und auf das eigene Können zu vertrauen. Als gewählte Mandatsträgerin stellt sie sich selbst alle vier Jahre dem Votum der Partei und im Anschluss der Bürgerinnen und Bürger. Sie vertritt ihre Positionen vor einem breiten, öffentlichen Publikum und spürt besonders dann große Verantwortung, wenn Entscheidungen von Tragweite anstehen und diese von ihrem persönlichen Verhandlungserfolg abhängen.

Judith Skudelny war 2009 die erste Abgeordnete, die ihr Neugeborenes in den Plenarsaal brachte, was ihr Erwähnung in der internationalen Presse bis nach Neuseeland Wellen einbrachte, basierte auf ihren ganz pragmatischen Umgang mit einer Situation im Rahmen der Wahl der Kanzlerin Merkel und illustriert gleichzeitig so manche Skurrilität: für die Stimmabgabe musste sie den Plenarsaal betreten. Allerdings sollte ihr Baby als nicht gewählte Person die Strecke

von der Eingangstür bis zur Wahlurne nicht von seiner Mutter getragen werden dürfen und sollte draußen warten.

Skudelny achtet bewusst darauf, vielseitige Hintergründe in ihrem Teams zusammenzubringen, um mit einer möglichst breiten Einschätzung bestmögliche Ergebnisse zu erzielen. Als Arbeitgeberin schafft sie ein zeitgemäßes, inklusive Arbeitsumfeld, um Frauen in verschiedenen Lebenssituationen gerecht werden zu können. An dieser Stelle betont sie, dass es eben nicht darum geht, als Gesellschaft Frauen dazu zu ermutigen, dass sie alles gleichzeitig schaffen – Beruf und Karriere! Sondern darum, sensibel darauf einzugehen, an welchen Stellschrauben gedreht werden kann, um dies zu ermöglichen.

„Es geht nicht darum, dass wir als Gesellschaft Frauen dazu empowern, alles unter einen Hut zu bekommen, sondern die Bedingungen so anzupassen, dass es überhaupt möglich ist!“

Der Spagat, den sie samt privaten und beruflichen Umfeld stemmt und welch große Verantwortung sie dabei trägt, wird besonders deutlich, als die Drohungen zur Sprache kommen, die sie vor ein paar Jahren erreichten. Mit entschiedener Haltung begegneten Familie und Team dieser Herausforderung. Besonders dann sind Rückzugsgebiete – Orte und Menschen – wichtig und kraftpendend.

„Wir sollten uns als Frauen mehr zutrauen!“

Nach 6,5 Jahren Staatsdienst bittet Lisa Rosa Bräutigam um Entlassung: Will man als Beamte den Dienst quittieren, geht das nicht aktiv. Nachdem ihr Dienstherr ihr mitteilt,



→ v.l.n.r. **Dajana Hummel, Simona Gläser, Lisa Rosa Bräutigam und Judith Skudelny MdB**

dass sie gegen Ende ihrer Karriere über weitere mögliche Entwicklungsschritte sprechen können, zieht es die Grundschullehrerin in die freie Wirtschaft – von Staatsdienst zum Start-up. Lisa stammt aus einer klassischen Arbeitnehmerfamilie. Die Lebenszeitverbeamtung ist insbesondere für ihre Eltern ein Meilenstein, auf den sie stolz sind und der Sicherheit verspricht. Lisa betont, wie wichtig die Entscheidung für ihre persönliche Entwicklung ist und wie schwer es ihr gleichzeitig fällt, einen Job aufzugeben, für den sie brennt. Der gemeinsame Besuch eines Unternehmer-Balls mit Freunden bringt den Stein ins Rollen und Lisa gründet am Anfang der Pandemie nuwo. Ein passender Zeitpunkt für ein Start-up, das verspricht: Homeoffice as a Service. Lisa erkennt schnell die Herausforderungen, vor denen Arbeitgeber stehen. Insbesondere die Grauzonen zwischen Homeoffice, mobilem Arbeiten und Telearbeit und die damit verbundenen rechtlichen Pflichten der Arbeitgeber, werden zu ihrem Alleinstellungsmerkmal. Neben dem unternehmerischen Neuland, entdeckt sie, wie wichtig die Soft Skills sind, die sie bereits als Lehrerin gebraucht hat: Einfühlungsvermögen und Kreativität.

Simonas Werdegang beschreibt viele Umbrüche und eine Erfolgsgeschichte, die auf Pragmatismus und Durchhaltevermögen basiert. Als Simona vor rund 30 Jahren aus Rumänien nach Deutschland kam, um ein Leben in Freiheit und wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu führen, waren MINT-Fächer nicht so gefragt, wie heutzutage. Um beruflich in Deutschland Fuß zu fassen, absolvierte die studierte Chemikerin neben dem Sprachkurs, eine kaufmännische Ausbildung und arbeitete für ihren täglichen Unterhalt. Schon hier wird deutlich: Arbeit und Eigenständigkeit sind die Basis für Integration, die gelingen soll. Ihrem Fleiß sei Dank wur-

de sie nach ein paar Jahren zur Kaufmännischen Leiterin. Kurz darauf kommen ihre Zwillinge zur Welt und sie ist in der damaligen Zeit als junge vollberufstätige Mutter isoliert „Keiner hatte Verständnis dafür, dass ich arbeiten musste und nicht einfach zu jeder Tageszeit Zeit zum Basteln mit den anderen Müttern hatte!“ Als ihr Arbeitgeber dann von einem Konzern aufgekauft wird, wird auch ihre Stelle obsolet und sie muss sich beruflich neu orientieren. Hier wird ihr ursprüngliches Studium der Chemie wieder von Interesse. Sie beginnt ganz von vorne als Berufseinsteigerin, obwohl sie bereits Erfahrung hat. Manch ein Kunde stellt den ausländischen Abschluss in Frage „Heute bezahlen mein Mann und ich viel Geld dafür, dass unsere Töchter in Rumänien Medizin studieren können, weil wir hier keine Ärzte ausbilden, deren NC bei 1,9 liegt und damals hat man mir nicht zugetraut, dass ich dort anständig ausgebildet wurde!“ fasst sie zusammen. Simona nimmt an, arbeitet sich hoch und leitet heute eine Tochter eines internationalen Konzerns.

Danke an drei Damen für ihre Offenheit und Inspiration. Vielen Dank auch an **Melanie Kögler**, Geschäftsführerin Reinhold-Maier-Stiftung (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit), die unsere Gastgeberin war.

DIE WEICHEN FÜR DIE ZUKUNFT DER WASSER- VERSORGUNG RICHTIG STELLEN



Dr. Matthias Oechsner
Vorsitzender FDP-Gemeinderatsfraktion

Natürlich kann man bei allen Themen unterschiedlicher Meinung sein, jedoch ist es immer wichtig auch bei strittigen Sachverhalten die Einschätzung des Gegenübers anzunehmen. Ein solches Thema ist die Frage der Wasserversorgung in unserer Stadt.

Vor Jahren hat sich der Gemeinderat das Bürgerbegehren zur Übernahme der Wassernetze und der Versorgung der Bürger mit dem hohen Gut Wasser zu Eigen gemacht. Seit dieser Zeit wird mit der EnBW gerungen und gestritten, wie eine solche Übernahme denn abzuwickeln wäre, ohne bisher nennenswerte Schritte in diese Richtung erreicht zu haben. Noch stecken, nach fast 10 Jahren, beide Parteien in erster Instanz vor Gericht fest, mit ungewissem Ausgang und einer noch ungewisseren Zeitschiene. Aus Sicht der Freien Demokraten öffnet sich jetzt gerade allerdings ein Fenster, das es ermöglicht den Streit gütlich beizulegen und einen Großteil der Forderungen aus dem Bürgerbegehren zu erfüllen. Eine Einigung mit dem Ziel, die Wassernetze mit Sicherheit in das Eigentum der Stadt zurückzuholen, die Streitigkeiten im Bereich der Löschwasserentgelte beizulegen, das Wassernetz dauerhaft in öffentlicher Hand zu belassen und der Stadt bereits jetzt einen großen Einblick in das Geschäftsfeld Wasser zu gewähren, liegt nach langen Verhandlungen zwischen Verwaltung und EnBW auf dem Tisch und soll in den nächsten Wochen abgestimmt werden.

Wir sind der Meinung, dass diese Chance ergriffen werden muss, um den Unsicherheiten der Zukunft der Wasserversorgung jetzt einen Schlusspunkt zu setzen.

BUSLINIE 47 WIRD AUCH CITYRINGLINIE



Armin Serwani
Stadt- und Regionalrat

Es ist eine schwere Aufgabe, den Öffentlichen Personen Nahverkehr so zu gestalten, dass er für ein breites Publikum eine attraktive und wirkliche Alternative zum Auto darstellt. Die Aufgabe wird dadurch nicht einfacher, wenn die Politik mit Vorschlägen und Verordnungen in eine vernünftige Ausgestaltung von Fahrplänen, insbesondere beim Busverkehr, eingreift. So geschehen bei der sehr umstrittenen Linie X1, die weder im Nahverkehr noch zur Luftreinhaltung einen Beitrag geleistet hat. Ein Paradebeispiel für Ideologie vor Sachverstand! Man kann ganz zufrieden sein, dass zumindest zur Zeit die X1 den Betrieb eingestellt hat, zumindest solange bis die Bautätigkeiten eingestellt sind. Es ist zu hoffen, dass die Fahrspur dann zu sinnvollen Verkehrsmaßnahmen herangezogen wird, ganz ideologiefrei und zum Nutzen der Verkehrsteilnehmer.

Erfreulich ist allerdings die Entwicklung der Linie 47, die von uns Liberalen schon lange gefordert wird, als Ring- und Verbindungslinie im Innenstadtverkehr. Glücklicherweise ist es gelungen, gleich zum Start auch die Betriebszeiten an die üblicherweise geltenden anzugleichen und auch am Samstag den Service anzubieten. Alles andere hätte die längst notwendige Busverbindung in ihrer Attraktivität stark eingeschränkt und wir Liberale sind zufrieden, dass dies auf unsere Anregung hin unmittelbar umgesetzt werden wird. So funktioniert vernünftige Verkehrspolitik, entlang von Notwendigkeiten und ohne ideologische Scheuklappen.

FDP VOR ORT IN OBERTÜRKHEIM



Eric Neumann
Stadtrat

„Es sind die kleinen Sorgen und Nöte, die große Politik machen“ diesem Ausspruch des ersten Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und Stuttgarts Ehrenbürger Reinhold Maier verpflichtet, machte sich die FDP-Gemeinderatsfraktion zu einem Vor-Ort-Termin in Obertürkheim auf.

Obertürkheim ist mit Uhlbach der östlichste Stadtteil Stuttgarts und hat insgesamt 8.500 Einwohner. Bezirksvorsteher **Kevin Latzel** begrüßte die liberale Stadtratsfraktion mit einer Führung durch das Rathaus, das wohl zu den schönsten in Stuttgart zählt. In einer anschließenden gemeinsamen Diskussion berichtete er ausführlich aus der Einwohnerversammlung, die erst eine Woche zuvor stattgefunden hatte. Die Bürgerinnen und Bürger Obertürkheims hatten dort die Gelegenheit, Themen wie die verkehrliche Situation, Vermüllung, Sicherheit und die Attraktivität des Ortskerns zu platzieren. Bezirksvorsteher Latzel machte zudem deutlich, welchen wichtigen Beitrag die Bezirksrathäuser für die Bürgerschaft heute leisten und in Zukunft noch leisten können. Auch (oder erst recht) in einer Welt, in der von der Digitalisierung und Zentralisierung der Verwaltung gesprochen wird, sind die Bezirksrathäuser ein wichtiger Anker für den persönlichen Bürgerservice.

Die Stärkung der Außenbezirke ist den Freien Demokraten von jeher ein wichtiges Anliegen – auch die Stärkung der Bezirksbeiräte. Schließlich wissen die Menschen vor Ort in der Regel besser über die Probleme und oft auch über mögliche Lösungen Bescheid, als manch ein Profi aus der Stadtverwaltung, der den Bezirk nur aus Google Maps kennt.

BESUCH IN DER NIKOLAUSPFLEGE



Armin Serwani
Stadt- und Regionalrat

Zwei Mitglieder unserer Fraktion besuchten Schülerinnen und Schüler der Tilly-Lahnstein-Schule für Sehbehinderte in der Nikolauspflege am Kräherwald. Im Rahmen eines Gemeinschaftsunterrichtes sollte Politik den jungen Menschen nähergebracht werden. Nach einer kurzen Vorstellung informierten Stadträtin **Doris Höh** und Stadtrat **Armin Serwani** die interessierten Jugendlichen über ihre Arbeit und Tätigkeiten im Gemeinderat und in den verschiedenen Ausschüssen.

In einer angeregten Diskussion wurde ausführlich über die Problematik der Sehbehinderten gesprochen. Es wurden zahlreiche Anregungen, gerade im ÖPNV, gegeben, die deutlich machten, dass es große Unterschiede zwischen blinden und schwer sehbehinderten Menschen gibt. Ein großes Ärgernis sind die E-Scooter, die wild auf den Bürgersteig stehen und eine Gefahr, nicht nur für Mobilitätseingeschränkte, darstellen. Auch die Aushangfahrpläne im VVS seien für Sehbehinderte nur schwer lesbar, Ampelphasen seien zu kurz, um gefahrlos den Fußgängerüberweg zu überqueren. Anregungen, die die Stadträte dankbar aufnahmen.

Die Jugendlichen, die in der Nikolauspflege eine Ausbildung machen, stellten aber auch Fragen aus der „großen“ Politik sowie über die Motivation der Stadträte, sich politisch zu betätigen. Die Schülerinnen und Schüler beteiligen sich auch an der Aktion „abdrehen-gegen-Polio“. Dazu werden in der Nikolauspflege Getränkedeckel aus Kunststoff gesammelt, um mit deren Erlös Impfkationen gegen Kinderlähmung mitzufinanzieren. Im Eingangsbereich befindet sich hierfür eine Abgabestelle.

AKTUELLES AUS DEM LANDTAG, DER FRAKTION UND DEM WAHLKREIS



Friedrich Haag
MdL

SCHULDEN ZU LASTEN KÜNFTIGER GENERATIONEN

In den letzten zwei Jahren wurden 15 Milliarden Euro Schulden gemacht, eine weitere Milliarde kommt jetzt dazu. Seit 2011 insgesamt 40 Prozent mehr Personal in den Ministerien eingestellt, allein 100 weitere Personen im Staatsministerium bei **Winfried Kretschmann**. In allen Landesbetrieben werden es im Jahr 2023 gut 47.865 Beschäftigte sein, rund ein Drittel mehr wie vor elf Jahren. Und der Staatshaushalt? Er wird größer und größer. So belief sich der Haushaltsumfang 1996 noch auf 31,8 Milliarden Euro, 2011 – nach 15-jähriger Regierungszeit der FDP – dann auf 35,1 Milliarden. Dies entspricht einem Anstieg von gut 10 Prozent. Dem gegenüber steht das derzeitige Haushaltsvolumen von 61,0 Milliarden. Ein Anstieg von 75 Prozent in den 12 Jahren unter Ministerpräsident Kretschmann.

Das sind nur ein paar Zahlen, die wir bei der Betrachtung des Doppelhaushalts 2023/24 im Kopf behalten sollten. Und sie zeigen uns: Der neue Haushalt löst keine Probleme der Gegenwart, sondern bürdet künftigen Generationen eine noch höhere Schuldenlast auf. Grün-Schwarz nutzt zudem die vorübergehenden Steuermehreinnahmen (für die nächsten zwei Jahre sind 2,5 Mrd. Euro prognostiziert) schamlos dafür aus, auch noch die letzten Wünsche zu erfüllen. Der Bund der Steuerzahler und der Rechnungshof haben aufgedeckt, wie sorglos die Koalition mit dem Geld Anderer umgeht. Vor diesem Hintergrund verbietet es sich auch, über Steuererhöhungen zu reden, wie sie **Danyal Bayaz** im Zuge der Haushaltsberatungen ins Spiel brachte. Er spricht von „Lastenausgleich“ für die durch den Ukraine-Krieg entstehenden Kosten. Wir Freien Demokraten im Landtag raten dem Finanzminister: großzügige Frei-Bier-Mentalität be-

enden, Landesetat konsolidieren und konsequent auf Zukunftsinvestitionen trimmen – dann würde er seinen Job richtig machen.

STRASSEN UND BRÜCKEN SANIEREN

Doch die Realität bei der grün geführten Landesregierung sieht anders aus: So sponsert das Verkehrsministerium Förderprogramme zur E-Mobilität (Beispiele siehe unten), blendet aber aus, dass einzelne Projekte überhaupt keine Nachfrage haben oder mehr Verwaltungskosten erzeugen als Förderungen ausgeschüttet werden. Für eine Wirtschaftlichkeitsprüfung war man sich zu schade. Bei den Haushaltsberatungen hat die FDP deshalb Alternativen zur einseitigen Politik gegen die individuelle Mobilität geliefert. So haben wir in einem Antrag 100 Millionen Euro mehr pro Jahr gefordert – für die dringende Sanierung von Brücken, Straßen und Stützbauwerken. Das ist eine Sicherheitsfrage und wichtig, damit der lebensnotwendige Lieferverkehr im Land nicht ins Stocken gerät. Zukunftsorientiert auch unser Entschließungsantrag für ein Konzept zur Abnahme und Nutzung von synthetischen Kraftstoffen. Wenn die Fahrzeuge des Landes mit E-Fuels betankt würden, so wäre dies ein Zeichen für Klimaschutz und eine Chance für den Markthochlauf und internationale Energiepartnerschaften für die Herstellung klimaneutralen Wasserstoffs. Stattdessen fließt unter anderem eine Million Euro Steuergeld an das Vorhaben „The STÄDT“. Damit will das Land die Erreichbarkeit von Innenstadt und Handel mit dem Auto erschweren.

Auch Handwerk und mittelständische Firmen kommen schlecht weg. In Corona-Zeiten flossen großzügig Landesmittel an den Motor unserer Wirtschaft. Angesichts der Energiekrise hätten wir uns ein neues Landesprogramm



→ **Friedrich Haag:** „Der neue Haushalt löst keine Probleme der Gegenwart.“

gewünscht, um die Betriebe zu unterstützen. Unverständlich ist mir, warum im neuen Haushalt Fördermittel für die Bildungszentren des Handwerks um 300.000 Euro gekürzt wurden, wo doch gerade in diesem Bereich Nachwuchs fehlt. Fehlanzeige auch bei der Entlastung der Bürger: eine Absenkung der Grunderwerbsteuer von 5 auf 3,5 %, wie von uns beantragt, wird es nicht geben. Sie würde Familien beim Erwerb von Wohneigentum unterstützen.

Der neue Haushalt ist verabschiedet. Der Frust bleibt. Der Steuerzahlerbund BW mahnt weiterhin eindringlich: „Der Haushalt gerät an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit.“

EINSEITIGE MOBILITÄTSPOLITIK

Winfried Hermann ist und bleibt ein Überzeugungstäter. Mit planwirtschaftlichen Ansätzen, fragwürdigen Förderprogrammen auf Kosten der Steuerzahler und einer offenen Auto-Ablehnung treibt er „seine“ Verkehrswende im Land voran. Oder er versucht es. Denn oft bleibt es bei vollmundigen Ankündigungen wie das „Landeskonzept Mobilität und Klima“ zeigt. Das Verkehrsministerium hat hier 32 Maßnahmen in sechs Handlungsfeldern definiert, um den CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent zu reduzieren.

Dies soll gelingen, indem eine alternde Gesellschaft aufs Fahrrad gesetzt werden soll, zu Fuß gehen oder den ÖPNV nutzen soll. Und in bewährter Vogel-Strauß-Manier wird so getan, als seien batterieelektrische Autos klimaneutral. Das ist ein Null-Emissions-Märchen, denn momentan laufen die Braunkohlekraftwerke hoch. So viel CO₂, wie ein mit solchem Strom – rund 1 Kilogramm CO₂ je Kilowattstunde – geladenes E-Auto ausstößt, kann ein konventioneller Verbrenner kaum ausstoßen. Hinzu kommt: Winfried Hermann droht mit seinen Plänen für eine baldige Mobilitätswende wegen Geldmangels und fehlender Unterstützung in der grün-schwarzen Koalition zu scheitern.

Wir in der FDP-Landtagsfraktion bleiben realistisch. Bevor von Mobilitätsgarantien geträumt wird, bei der leere Busse nachts und frühmorgens in entlegene Dörfer fahren, müssen die Hausaufgaben wie Straßensanierungen erledigt werden. Inzwischen scheint auch Hermanns Chef, Ministerpräsident Winfried Kretschmann, die ehrgeizigen Klimaziele im Verkehr zu hinterfragen. Wörtlich sagte er vor der Presse: „Man kriegt eben nicht alles auf einmal hin. Darum bin ich nicht am Wettlauf, immer schärfere Ziele zu formulieren, beteiligt.“

ZUWENDUNGEN AN EINEN PARTEIFREUND



→ **Steuergelder für einen Fahrschulverband: Die Presse berichtet ausführlich über meine Anfrage an die Landesregierung.**

Ein weiteres Negativ-Beispiel, wie Minister Hermann seine grüne Verkehrsideologie ausrollt, ist das Projekt „Fahrschule der Zukunft“. Aufgrund meiner Anfrage kam heraus: Steuergelder werden für eine groteske und nicht erforderliche Lobbyaktion für E-Mobilität verschwendet. Worum geht es? **Rainer Zeltwanger**, Fahrlehrer in Stuttgart, grüner Parteifreund des Verkehrsministers und gleichzeitig Vorsitzender des Bundesverbands Deutscher Fahrschulunternehmen (BDFU), überlegte sich, wie man die E-Mobilität in den Fahrschulen voranbringen könne. Allein für die Konzeption kassierte der Verband vom Verkehrsministerium mehr als eine halbe Million Euro. Aus- oder weitergebildet wurde von diesem Geld kein einziger Fahrlehrer. Bezeichnend ist auch, dass der konkurrierende und viel größere Fahrlehrerverband Baden-Württemberg (FLVBW) offenbar gar nichts von einer Möglichkeit auf Förderung in dieser Sache wusste. Der BDFU habe sich initiativ beworben, heißt es aus dem Verkehrsministerium in der Antwort auf meine Anfrage. Es überrascht nicht, dass die Förderung prompt an Hermanns langjährigen Parteifreund ging. Laut Fahrschulgesetz müssen Fahrlehrer ohnehin regelmäßig fortgebildet werden, wie auch der FLVBW bestätigt hat. Wären die Fahrschulen also nicht ohne eine solche Summe in der Lage, die Elektromobilität an die Fahrschülerinnen und Fahrschüler zu bringen? Warum müssen Unterrichtsmittel mit Steuergeldern entwickelt werden, wenn es für diese einen funktionierenden

den Markt gibt? In meinen Augen ein weiteres Zeichen, wie Steuergelder verschleudert werden, um die vermeintlich saubere Elektromobilität auf die Straße zu bekommen.

INNOVATIONSTREIBER MITTEN IM WAHLKREIS

Seit Jahrzehnten forscht das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung (ZSW) in Stuttgart-Vaihingen an Herstellungsverfahren und Standortfragen für grünen Wasserstoff und erneuerbare Energien: Was brauchen die Unternehmen, um die Produktion von grünem Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen anzukurbeln? Wie finden die innovativen Verfahren und Produkte einen Markt?

Unter anderem mit diesen Fragen beschäftigen sich die Forscherinnen und Forscher. **Prof. Dr. Frithjof Staiß** (Geschäftsführer), **Dr. Marc-Simon Löffler** (Fachgebietsleiter Regenerative Energieträger und Verfahren) und **Maïke Schmidt**, (Fachgebietsleiterin Systemanalyse) gaben dem Fraktionskollegen vom Arbeitskreis Verkehr, **Hans Dieter Scheerer**, und mir einen spannenden Einblick in ihre Arbeit. Von der Politik wünschen sie sich vor allem einen regulatorischen Rahmen, der den Unternehmen Investitionssicherheiten garantiert. In Vaihingen werden Materialforschung betrieben und Prototypen z.B. von Brennstoffzellen hergestellt.

Besonders spannend fand ich die Besichtigung des Elektrolyseurs (Anlage zur Wasserstoffherstellung). Ich freue mich, ein so innovationsgetriebenes Unternehmen in meinem Wahlkreis zu haben. Das zeigt, dass wir in der Region das Wertschöpfungspotenzial zur Umstellung auf klimaneutrale individuelle Mobilität haben und halten müssen. Ohne E-Fuels kann dieses Vorhaben nicht gelingen.



→ **Abschlussfoto mit den Gastgebern und Hans Dieter Scheerer MdL (4. v.l.) im ZSW in Stuttgart-Vaihingen.**

AUSTAUSCH MIT AUSBLICK



→ Gipfeltreffen auf dem Fernsehturm. OB Frank Nopper lud Stuttgarter Abgeordnete ein.

Viele Themen unserer Zeit betreffen nicht jeweils nur die Kommunal-, Landes-, Bundes- oder Europapolitik, sondern wirken sich auf alle politischen Ebenen aus. Umso wichtiger ist ein regelmäßiger Austausch der Akteure. Stuttgarts OB **Frank Nopper** lud deshalb auf den Fernsehturm. Gekommen waren Bürgermeister der Landeshauptstadt und Stuttgarter Abgeordnete aus Berlin, Brüssel und dem Landtag. Wir Liberale waren mit **Judith Skudelny MdB** und mir gleich doppelt vertreten. Worüber haben wir diskutiert? Es ging um Dachbegrünung, die Wohngeldreform oder die geplanten strengeren Feinstaub-Grenzwerte für Pkw in der EU. Hiervon wären aufgrund des Bremsabriebs auch Elektroautos betroffen. Einigkeit herrschte beim Onlinezugangsgesetz – alle Teilnehmer der Veranstaltung forderten eine bürger- und verwaltungsfreundliche Umsetzung.

MITMACHEN? EHRENSACHE!



→ Ein Tag im MdL-Büro: Xenia Gert kam über die Aktion „Mitmachen Ehrensache“.

Anlässlich des Internationalen Tag des Ehrenamts am 5. Dezember arbeiten Jugendliche bei einem Arbeitgeber ihre Wahl und spenden ihren Lohn für den guten Zweck an regionale Organisationen. Ich selbst bin unglaublich gerne ehrenamtlich bei der Feuerwehr tätig. Daher hat es mich umso mehr gefreut, in diesem Jahr einer Jugendlichen am Aktionstag der Organisation „Mitmachen Ehrensache“ einen Job in meinem Landtagsbüro anbieten zu können. Nur selten bekommt man als junger Mensch die Chance, den Alltag eines Abgeordneten hautnah mitzuerleben. Anfang Dezember kam die Stuttgarterin Xenia Gert für einen Tag in mein Büro und zu einem Termin in den Landtag. Mir ist es wichtig, Politik nahbar und erfahrbar zu machen und zu zeigen, dass politisches Engagement sehr viel bewegen kann.

BELIEBTE BÜRGERSPRECHSTUNDE



→ Vor der Schwabengalerie Vaihingen: mit Bürgern im Gespräch.

Bei allen Vorteilen der digitalen Kommunikation geht für mich nichts über persönliche Gespräche mit den Menschen vor Ort. Meine Bürgersprechstunde am Wochenmarkt in Stuttgart-Degerloch und vor der Schwabengalerie im Bezirk Vaihingen war der beste Beweis dafür. An beiden Standorten diskutierte ich mit Besuchern über Themen aus der EU- und Bundespolitik sowie über Lokales: von A wie AKW bis Z wie Zebrastreifen. Letzteren würden Eltern gerne in Degerloch einrichten – und zwar auf dem Königsträßle in Höhe der Waldschule, Ecke Löwenstraße. In Vaihingen beschäftigt die Menschen die Verkehrsentwicklung und Wohnqualität aufgrund des Wachstums im Synergiepark. Auch die Energieversorgung und die Entscheidung zur Verlängerung der AKW-Laufzeit boten Gesprächsstoff. Die meisten am Stand waren mit mir einig: Angesichts der Energiekrise ist eine befristete Laufzeitverlängerung auch über April 2023 hinaus erforderlich, um Energiesicherheit im Industrieland Deutschland zu gewährleisten.

IN 30 MINUTEN MIT DEM ICE NACH ULM



→ Mit 250 km/h nach Ulm: Friedrich Haag MdL im Sonderzug auf der Neubaustrecke.

Ein erster Meilenstein bei der Modernisierung des Bahnnetzes im Land ist erreicht: Am 9. Dezember 2022 wurde die neue Schnellbahnstrecke Wendlingen–Ulm feierlich in Betrieb genommen. Ich war dabei und durfte mit anderen geladenen Gästen im Sonderzug nach Ulm fahren. Dort fand im Hauptbahnhof der Festakt statt. Neben Bahnchef **Dr. Richard Lutz** und Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** hielt auch Staatssekretär **Michael Theurer** eine Rede. Was ist der größte Nutzen für Stuttgarter und Reisende ab Stuttgart? Die neuen Gleise sind größtenteils mit 160 km/h befahrbar, in Richtung Ulm sogar mit Tempo 250. So verkürzt sich die Fahrzeit mit dem ICE auf 30 Minuten bis Ulm. Respekt zolle ich den Planern, Bauhandwerkern und Tunnelexperten: Um das Projekt zu realisieren wurden 12 Tunnel gegraben, 37 Brücken aufgesetzt, 120 km Gleise verlegt und der neue Bahnhof Merklingen gebaut. So rückt die Landeshauptstadt näher an Ulm und die Freizeitregion Schwäbische Alb heran – und umgekehrt natürlich auch.

KEIN XXL-LANDTAG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Ab 2026 greift im Land ein neues Wahlrecht – es könnte dazu führen, dass der Landtag auf über 200 Abgeordnete anwächst. Wir von der FDP-Fraktion im Landtag haben deshalb einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Verringerung der Wahlkreise sowie der Direktmandate von 70 auf 38 vorsieht. Das entspreche der Struktur der Bundestagswahlkreise. So könnten wir auch die Sollgröße des Landtags mit 120 Mandaten einhalten. Grüne und CDU lehnen dies aber ab. Das ist nicht nur arrogant, sondern schadet der Demokratie und dem Vertrauen der Bürger in die Politik. Gerade in Zeiten von Inflation und Gaskrise können wir von den Menschen nicht verlangen, dass sie sparen, während sich das Parlament immer weiter aufbläht und hohe Kosten für Steuerzahler verursacht. Der Landtag muss bei sich selbst sparen. Wir sind im Land schon jetzt 34 Sitze über der Soll-Größe. Ich begrüße es deshalb, dass die FDP-Fraktion 2023 mit der Landespartei ein Volksbegehren für einen verkleinerten Landtag starten will. Am Nikolaustag habe ich mit Parteimitgliedern aus Stuttgart über das Vorhaben sowie über Themen wie schlanker Staat und Bürgernähe diskutiert. Bei dem Volksbegehren zählt jede Stimme.



→ **Online-Diskussion mit Stuttgarter FDP-Mitgliedern zum neuen Wahlrecht.**



E-FUELS: KRAFTSTOFF FÜR KLIMASCHUTZ

Die FDP-Fraktion führt 2023 eine neue landesweite Kampagne durch: „E-Fuels: Kraftstoff für Klimaschutz“. Geplant sind Informations- und Diskussionsrunden vor Ort. Schon vor einigen Monaten haben wir ein Positionspapier zum Thema erstellt. Auftakt der Kampagne ist am **23. Januar 2023** im **Autohaus Gerstel in Pforzheim** (Altstädter Straße 14–18).

Ab 19 Uhr diskutiere ich mit **Timo Gerstel** (Geschäftsführer und Gastgeber), **Prof. Dr. Thomas Koch** (Leiter des Instituts für Kolbenmaschinen am Karlsruher In-

stitut für Technologie) und **Werner Steber** (Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe) über die Vorteile von E-Fuels und die Chancen für unsere heimische Automobilwirtschaft. Unser Fraktionsvorsitzender **Dr. Hans-Ulrich Rülke** hält ein Grußwort.

Gernelade ich Sie zu dieser Veranstaltung mit Get-together ein. Weitere Informationen und Anmeldung unter: fdp-landtag-bw.de/events/kraftstoff-fuer-klimaschutz.

DAS BÜRGERGELD: FÖRDERN UND FORDERN – MODERN UND FAIR



Judith Skudelny
MdB

Ab 2023 ersetzt das Bürgergeld das Arbeitslosengeld II – besser bekannt als Hartz IV. Wer bisher Anspruch auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld hatte, wird künftig einen Anspruch auf Bürgergeld haben. Die neue Regelung nimmt wichtige Änderungen am Hartz-IV-System vor. Die Ampel modernisiert mit dem Gesetz die Grundsicherung und passt sie den aktuellen und künftigen Herausforderungen des Arbeitsmarktes an. Für uns Freie Demokraten dabei von entscheidender Bedeutung: Der Grundsatz des Förderns und Fordern bleibt erhalten. Alles in allem ein wie ich finde wirklich gutes Gesetz, dessen wichtigste Punkte ich Ihnen kurz vorstellen möchte.

INFLATIONSBEDINGTE ANPASSUNG DES REGELSATZES

Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen decken können, soll das Bürgergeld weiterhin eine menschenwürdige Existenz sichern. Dieser Grundsatz ist unverhandelbar und entspringt – vom Bundesverfassungsgericht bestätigt – direkt dem ersten Artikel des Grundgesetzes. Inflationsbedingt wird der Regelsatz ab 1. Januar 2023 von 449 Euro auf 502 Euro angehoben. Damit in Zukunft unter dem Jahr Einmalzahlungen aufgrund starker Preissteigerungen vermieden werden, passen wir die Bedarfe künftig nicht mehr rückwirkend, sondern vorausschauend an die Teuerungsraten an. Sollte die Inflation niedriger ausfallen als erwartet, verrechnen wir die Differenz mit dem Folgejahr. Unverändert bleibt hingegen die Methode, nach der das Existenzminimum berechnet wird!

SPD-Arbeitsminister **Hubertus Heil** hatte sich für eine neue Berechnungsmethode stark gemacht, die pro Person zusätzlich zu der inflationsbedingten Erhöhung von 53 Euro jeden

Monat noch einmal 40 bis 50 Euro mehr Grundsicherung bedeutet hätte. Dagegen hatte sich FDP-Bundesfinanzminister **Christian Lindner** gewehrt.

SANKTIONEN KÖNNEN ZU JEDEM ZEITPUNKT VERHÄNGT WERDEN

Das Bürgergeld ist definitiv kein bedingungsloses Grundeinkommen. Es ist eine Brücke nach Schicksalsschlägen, keine Alternative zur Erwerbstätigkeit. Wer seine Mitwirkung auf dem Weg in den Arbeitsmarkt verweigert, indem er Termine beim Jobcenter verpasst oder eine zumutbare Arbeit ablehnt, muss weiterhin Leistungskürzungen von 30 % in Kauf nehmen!

Dass die Leistungskürzungen erhalten bleiben, ist ein Gebot der Fairness gegenüber denjenigen, die den Sozialstaat mit ihren Steuern finanzieren. Die Sanktionen helfen nachweislich dabei, Mitwirkung zu erzielen und die Integration in den Arbeitsmarkt zu beschleunigen. Mit der 30-Prozent-Marke schöpfen wir den vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Rahmen voll aus. So sah es das Gesetz übrigens auch schon vor den Änderungen vor, die durch den Vermittlungsausschuss vorgenommen wurden.

Für Wirbel zwischen den Koalitionspartnern hatte eine sogenannte „Vertrauenszeit“ gesorgt. Auf Wunsch der Grünen sollte eine Pflichtverletzung in den ersten sechs Monaten des Leistungsbezugs nicht zu Sanktionen führen. Diese Vertrauenszeit hat die FDP-Bundestagsfraktion inhaltlich immer abgelehnt. Dass sie im Rahmen der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss aus dem Gesetz gestrichen wurde, hat ein gutes Gesetz damit noch besser gemacht.



SCHONVERMÖGEN UND KARENZZEIT

Wer sich selbst helfen kann, soll und muss das auch tun. Wer einen Schicksalsschlag erleidet, soll aber auch nicht gezwungen sein, sofort sein gesamtes Vermögen aufzubrauchen. Wenn Personen, die kurzzeitig auf Solidarität angewiesen sind, ihre Altersvorsorge oder ihr erarbeitetes Eigentum verwerten müssen, manifestiert sich die Hilfsbedürftigkeit. Damit die Menschen sich in der ersten Zeit voll und ganz auf die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt konzentrieren, wird darum eine Karenzzeit, also eine Schonfrist, für Vermögen eingeführt. Im Vermittlungsausschuss wurde die Karenzzeit von ursprünglich geplanten zwei Jahren auf ein Jahr verkürzt. Diese Länge hat die FDP immer als vernünftig erachtet, denn rund die Hälfte der Grundsicherungsbezieher ist dann wieder im Arbeitsmarkt. Wie vergangene Legislaturperiode von der FDP-Bundestagsfraktion beschlossen und im FDP-Bundestagswahlprogramm vereinbart, wird darüber hinaus das Schonvermögen in der Karenzzeit erhöht. Für die erste Person in einer Bedarfsgemeinschaft beträgt es 40.000 Euro und für jede weitere Person kommen 15.000 Euro hinzu. Die eigene Altersvorsorge bleibt sogar zu jedem Zeitpunkt geschützt, denn gerade Selbstständige, die kein Arbeitslosengeld I bekommen, sollten nach einem Schicksalsschlag nicht für Eigenverantwortung und Vorsorge bestraft werden.

VERBESSERTER QUALIFIZIERUNGSMÖGLICHKEITEN

Als die Grundsicherung für Arbeitsuchende 2005 eingeführt wurde, herrschte auf dem Arbeitsmarkt Massenarbeitslosigkeit. Heute werden gut ausgebildete Arbeits- und Fachkräfte händeringend gesucht. Zwei Drittel aller Langzeitarbeitslosen haben allerdings keine abgeschlossene berufliche Ausbildung. Unter dem Motto „Ausbildung vor Aushilfsjob“ stellen wir deshalb beim Bürgergeld Aus- und Weiterbildungen, die eine langfristige Perspektive bieten, in den Mittelpunkt. Durch Qualifizierung, Weiterbildungsanreize und Coaching

eröffnen wir den Menschen neue Chancen. Der sogenannte Vermittlungsvorrang wird abgeschafft. Anstatt auf eine möglichst schnelle, aber vermutlich nur kurzfristige Vermittlung zu setzen, unterstützen wir mehr als bisher den Weg in eine langfristige, nachhaltige Beschäftigung.

LEISTUNGSFÖRDERNDE HINZUVERDIENSTREGELN

Als Freie Demokraten haben wir an Hartz-IV stets kritisiert, dass es sich für die meisten Menschen im Leistungsbezug nicht gelohnt hat, Arbeit anzunehmen oder Arbeitsstunden auszuweiten. Es gab keine Anreize, sich nach und nach selbst aus der Bedürftigkeit zu befreien. Vor allem bei jungen Menschen hat das vielfach zu vererbter Armut geführt, denn wenn ihre Eltern Grundsicherung bezogen, durften Jugendliche bei Minijobs von 450 Euro Lohn nur 170 Euro behalten. Mit dem Bürgergeld schaffen wir die Anrechnung von Minijobs bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich in Ausbildung oder einem Bundesfreiwilligendienst befinden, komplett ab. Sie sollen die Erfahrung machen können, dass sich Arbeit und Leistung immer lohnen. Auch bei Erwachsenen verbessern wir die Zuverdienstmöglichkeiten, um Arbeitsanreize zu setzen. Einkommen zwischen 520 Euro und 1.000 Euro werden nur noch mit 70 % angerechnet statt wie bisher mit 80 %. Davon werden rund 460.000 Menschen profitieren. So überwinden wir die soziale Bedürftigkeit.

FAZIT

Das Bürgergeld ist aus arbeitsmarktpolitischer Sicht und im Hinblick auf den Arbeits- und Fachkräftemangel eine notwendige Reform, die wir als FDP begrüßen. Der liberale Kern des Bürgergeldes sind leistungsfördernde Hinzuverdienstregelungen und verbesserte Qualifizierungsmöglichkeiten. Erstmalig lohnt es sich für Kinder aus Haushalten, in denen die Eltern nicht erwerbstätig sind, zu arbeiten. Das Prinzip „Fordern und Fördern“ ist und bleibt selbstverständlich.

DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE SICHERE, SAUBERE UND BEZAHLBARE ENERGIEVERSORGUNG



Judith Skudelny
MdB

Deutschland befindet sich inmitten einer riesigen Energiekrise. Der schreckliche russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat deutlich gemacht, wie abhängig die deutsche Energieversorgung von Importen aus dem Ausland ist. Zu lange wurde der Ausbau der sogenannten „Freiheitsenergien“ Wind-, Solar- und Wasserkraft von der Union verschleppt. Dazu wurde als Reaktion auf die frühzeitig festgelegten Ausstiege aus der Kern- und Kohlekraft für den Übergang viel zu stark auf russische Gasimporte gesetzt.

Rund zwei Drittel unseres nationalen Bedarfs wurden aus russischen Importen gedeckt. Innerhalb der EU gehörte Deutschland damit zu den größten Abnehmern russischen Erdgases. Diese jahrzehntelange politische Fehlplanung rächt sich jetzt in Form dramatisch gestiegener Energiepreise und drohender Versorgungsmängel.

Die Menschen und Unternehmen in Deutschland sind aber auf eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung



angewiesen. Die Ampelregierung hat mit zahlreichen Gesetzen zur Energiesicherung, zum Ausbau der erneuerbaren Energien auf See und an Land, mit einer massiven Beschleunigung des Baus von LNG-Terminals und nicht zuletzt einem Paket von bis zu 200 Milliarden Euro zur Unterstützung der Menschen und Wirtschaft schnell und entschlossen auf die Herausforderungen reagiert. Der Bundeskanzler hat im Oktober entschieden, die drei noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke (KKW) über das politisch festgelegte Ausstiegsdatum hinaus bis zum 15.04.2023 weiter zu betreiben. Damit hat er die atompolitische Haltung der FDP-Bundestagsfraktion bestätigt. Der Weiterbetrieb wird in jedem Fall zu einer besseren Stabilität der Netze und Preise beitragen. Trotzdem hat ein Stresstest des Wirtschaftsministeriums gezeigt, dass die Netzstabilität der Stromnetze in Deutschland im Winter nicht in jedem Fall gewährleistet ist. Und schon gar nicht endet die Energiekrise einfach im April 2023, nur weil wir uns das wünschen.

Damit wir jederzeit wissen, wo wir stehen, fordert die FDP Baden-Württemberg in ihrem Leitantrag zum Dreikönigsparteitag am 6. Januar, das Anfang 2023 ein erneuter Stresstest durchgeführt wird. Dieser sollte für einen Zeitraum bis mindestens Sommer 2024 sowohl die Netzsicherheit als auch durch Knappheit entstehende Preissteigerungen untersuchen. Aufgrund der sich laufend verändernden Rahmenbedingungen ist der Stresstest quartalsweise zu aktualisieren.

Damit Deutschland jederzeit auf die Ergebnisse der Stresstests reagieren kann, müssen alle Erzeugungspotenziale erhalten bleiben – auch über den 15. April hinaus! Die FDP Baden-Württemberg fordert deshalb nicht nur, einen Rückbau der bestehenden KKW's Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 zu untersagen, sondern sogar entsprechende Vorkehrungen zu treffen, um jederzeit den sicheren Leistungsbetrieb der drei KKW wieder aufnehmen zu können. Dazu gehört auch, schon jetzt zu klären, wo und unter welchen Bedingungen wie schnell neue Brennelemente beschafft werden könnten. Und mit den Betreibern der KKW muss darüber verhandelt werden, unter welchen Voraussetzungen sie einen weiteren Leistungsbetrieb gewährleisten.

In Zeiten, in denen die Menschen in Deutschland kalte Wohnungen und unbezahlbare Rechnungen fürchten und Betriebe sich um ihre Existenz sorgen, wäre es absolut töricht, sich leichtfertig weiterer Handlungsoptionen zu berauben. Mit unseren Anträgen sorgen wir Freie Demokraten Baden-Württemberg dafür, dass Deutschland auf jede Situation vorbereitet und auch kurzfristig stets in der Lage ist, zu reagieren.

EINLADUNG NACH BERLIN.

2023 lade ich Sie wieder zu Berlin-Fahrten ein, bei denen Sie den parlamentarischen Alltag in der Bundeshauptstadt kennenlernen und mir bei meiner Arbeit über die Schulter schauen können!

Die Kosten für die An- und Abreise, Übernachtung im Doppelzimmer sowie Frühstück, Mittag- und Abendessen übernimmt das Bundespresseamt.

12.–15. FEBRUAR 2023

30. JULI–2. AUGUST 2023

Ferienfahrt: hauptsächlich für Familien mit schulpflichtigen Kindern

17.–20. DEZEMBER 2023

Sie haben Interesse, an einer der Fahrten teilzunehmen?

Melden Sie sich einfach per Mail bei meinem Wahlkreismitarbeiter Sascha Ehlert unter judith.skudelny.wk@bundestag.de.

Ich freue mich darauf, Sie in Berlin zu begrüßen!

Herzlichst
Ihre Judith Skudelny MdB



NEUE FRONTFRAU BEI DEN LIBERALEN FRAUEN! DIE LiF BADEN-WÜRTTEMBERG WÄHLTEN NEUEN VORSTAND



Susanne Winkler

Stv. Vorsitzende Liberale Frauen BV Stuttgart
Beisitzerin im Landesvorstand der LiF BW

Die Liberalen Frauen Baden-Württemberg – Vorfeldorganisation der FDP – trafen sich am 8. Oktober 2022 in Weinheim, um einen neuen Vorstand zu wählen. Die bisherige Vorsitzenden **Judith Skudelny MdB** und Generalsekretärin der FDP Baden-Württemberg, kandidierte nach neun Jahren im Amt nicht mehr wieder. Sie gab den Staffelstab vielmehr nun an die Ulmerin **Anke Hillmann-Richter** weiter. Sie ist als Kreisvorsitzende der Freien Demokraten Ulm in der Region keine Unbekannte. Sie kandidierte im Bundestagswahlkampf 2021 im Wahlkreis Neu-Ulm/Günzburg/Unterallgäu und geht nun einen weiteren politischen Schritt nach vorne. In Ihrer Bewerbungsrede sprach sie von Durchhaltevermögen im Politikbetrieb und Leidenschaft für die Sache. Ihr Anliegen ist es, Frauen für die liberale Politik zu begeistern, um somit die Sichtbarkeit der Frauen, sprich die Vorfeldorganisation im Land weiter zu stärken. Mit den gewählten Stellvertreterinnen, **Renata Alt MdB** und **Alena Trauschel MdL** hat Anke Hillmann-Richter zwei tatkräftige Frauen an ihrer Seite, auf deren Unterstützung und politischen Einsatz sie stets bauen kann. Wiedergewählt wurde als Schatzmeisterin **Claudia**

Felden, das Amt der Schriftführerin hat **Janine Gast** inne, als Beisitzer platzierten sich **Helga Bender**, **Renate Iby**, **Maria Kalb**, **Prof. Kathrin Kölbl**, **Zita Maier** und **Susanne Winkler**, als Kassenprüferin wurde **Giesela Geckler** und **Astrid Weber** bestätigt. Als Delegierte der LiF Baden-Württemberg im Landesfrauenrat wurden abermals Claudia Felden und Susanne Winkler bestätigt.

In der Sitzung gedachten die Anwesenden der im September 2022 verstorbenen **Heiderose Berroth**, die zu den Gründungsmitgliedern der Liberalen Frauen Baden-Württemberg gehörte. Als ehemalige Renninger Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete setzte sich die Freie Demokratin stets aktiv für das politische Engagement von Frauen ein.

Der nun für zwei Jahre gewählte Vorstand der Liberalen Frauen Baden-Württemberg wird das Engagement und den Einsatz von Heide Berroth, als Vorbild, stets mit auf die Agenda nehmen und dieses großartige Erbe auch zukünftig bei allen Zielsetzungen in Ehren halten.



→ v.l.n.r. **Renate Iby**, **Zita Maier**, **Helga Bender**, **Anke Hillmann-Richter**, **Susanne Winkler**, **Maria Kalb**, **Janine Gast**, **Kathrin Kölbl**.
Es fehlen: **Renata Alt MdB**, **Alena Trauschel MdL** und **Claudia Felden**

ORDENTLICHE MITGLIEDER- VERSAMMLUNG DER LIF BV STUTTGART IM REMSTAL



Susanne Winkler

Stv. Vorsitzende Liberale Frauen BV Stuttgart
Beisitzerin im Landesvorstand der LiF BW

Am 26. November 2022 fand die ordentliche Mitgliederversammlung der LIF BV Stuttgart in der ältesten Gaststätte im Remstal statt. Stammgast war zu seiner Zeit das liberale Urgestein **Reinhold Maier**. Insofern hätte man keinen besseren Ort zum Tagen finden können. Reinhold Maier – bekannt mit seinem Zitat „Was muss eigentlich noch alles passieren, dass etwas passiert?“ – war ein Graswurzeldemokrat vor dem Herrn, legte den Finger immer deutlich in die Wunde und nannte die Dinge stets klar beim Namen. Demzufolge waren die LiF genau am richtigen Ort, an der richtigen Stelle, um Rück- und Ausblick, bzw. Aussprache zu halten.

Nach der Begrüßung von **Renate Iby**, Vorsitzende, und dem Grußwort der Landesvorsitzenden **Anke Hillmann-Richter**, erläuterte **Susanne Winkler**, stv. Vorsitzende, die Aktionen des vergangenen Jahres. Die Bilanz konnte sich wahrlich sehen lassen, auch von Seite der Schatzmeisterin, **Charlotta Eskilsson**. Mit einem guten finanziellen Polster, einer positiven Mitgliederentwicklung, viel Motivation und konkreten Ideen wurde der Blick anschließend auf die kommenden Veränderungen, sprich das neue Landtagswahlrecht gelegt. Hierzu war **Julia Goll MdL** eingeladen. Die Mandats-trägerin erläuterte detailliert die einzelnen Inhalte dieses Wahlrechts, das erstmalig 2026 anwendbar ist. Der „mitschwingende“ Gedanke jedoch, dass mit einem Zwei-Stimmen-Wahlrecht mehr Frauen ins Parlament gewählt werden, ist überhaupt nicht gewährleistet. Zudem wurde von FDP-Seite aus – so auch zwei unabhängigen Sachverständigen – darauf hingewiesen, dass es dadurch zu einer möglichen Aufblähung des Landtags von bis zu 200 Abgeordneten kommen könnte und sich die damit verbundenen Mehrkosten auf rund 200 Mio. € belaufen! Spätestens an dieser Stelle

kann man Reinhold Maier wieder mit den oben genannten Gedanken zitieren! Eine unverhältnismäßige Größenordnung, die man in keiner Weise nachvollziehen, respektive der zukünftigen Gesellschaft zumuten kann. Die FDP sieht die Möglichkeit einer Lösung in der Zusammenlegung der Landtagswahlkreise, doch dieser Vorschlag einer Gesetzesänderung hat aktuell nicht die Mehrheit hinter sich.

Bleibt also nur noch der Zulassungsantrag für ein Volksbegehren. Die Fraktion arbeitet daran und muss, wie es Reinhold Maier betiteln würde „dicke Bretter bohren“. Genau hier zeigt sich dann auch ein Schulterschluss mit den LiF, denn Hartnäckigkeit und Durchhaltevermögen mussten und müssen die Frauen schon immer/wieder unter Beweis stellen, um für ihre Überzeugungen zum Erfolg zu gelangen. Wenn es um zukunftsorientiertes, wirtschaftliches Handeln für eine Gesamtgesellschaft geht, so wird man die Frauen – ein Blick in die Geschichte zeigt es – stets an vorderster Front sehen. „Packen wir es also gemeinsam an“ Die LiF BV Stuttgart sind bereit!



→ **Julia Goll MdB referiert über das neue Landeswahlrecht bei der OMV der LIF BV Stuttgart**

AKTIV FÜR UNTERNEHMER UND SELBSTSTÄNDIGE



Frank Bantle
Pressesprecher LIM Baden-Württemberg e.V.

WEINGENUSS MIT ANDREAS GLÜCK MDEP

Schon auf dem Stuttgarter Weindorf konnte der LIM-Kreisverband Stuttgart zahlreiche Gäste in gemütlicher Runde begrüßen. Nur wenige Wochen später waren es sogar noch mehr Frauen und Männer, die mit den Gastgebern **Slavica Benko** und Christian Altmann einen schönen Abend verbrachten. Die beiden Kreisvorsitzenden luden zum „LIM-Herbstfest“ in das Weingut Warth in Stuttgart-Untertürkheim. Nachdem die Premiere 2021 ein großer Erfolg war, entschied man sich, erneut bei Winzer und LIM-Mitglied KD Warth zu feiern.

Nach einem Sektempfang im Hof startete die Verkostung, sehr anschaulich moderiert von KD Warth und mit vielen neuen Insiderinformationen aus der Welt der Weine. Viel Beifall gab es für die Rede von **Andreas Glück**, seit Sommer 2019 für die FDP im Europaparlament. Er berichtete von dem harten Ringen um Kompromisse insbesondere im EU-Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Als stellvertretender Vorsitzender des COVID-Sonderausschuss plädierte er für eine zentrale Beschaffung von Medikamenten durch die EU: „Wir können so im Weltmarkt bessere Preise erzielen und Versorgungssicherheit gewährleisten.“



→ Beim Sektempfang im Hof des Weingut Warths. Die Begrüßung übernahm der LIM-Kreisverbandsvorsitzende **Christian Altmann**.



→ **Andreas Glück** berichtete sehr anschaulich von seinem Alltag im EU-Parlament und den Ausschüssen.

JUBILÄUMSJAHR 2023

Vor 25 Jahren wurde der Liberale Mittelstand Baden-Württemberg gegründet. Als unabhängige Vorfeldorganisation der Freien Demokraten ist der LIM heute nicht mehr wegzudenken. Der Landesvorsitzende **Dr. Thilo Scholpp** lobt das Engagement der Gründer im Jahr 1998: „Es war zukunftsweisend, dass Unternehmerinnen und Unternehmer einen Mittelstandsverband etablierten, der die Ideen der sozialen Marktwirtschaft und des Liberalismus in der Öffentlichkeit vertritt und Kontakte zu den Freien Demokraten pflegt.“ Natürlich wird es in diesem Jahr eine Jubiläumsveranstaltung geben, über die wir hier informieren.



→ Der LIM-Landesvorsitzende freut sich über das 25-jährige Bestehen.

QUALIFIZIERTE EINWANDERUNG FÖRDERN

Der LIM Baden-Württemberg hat mit anderen Landesverbänden ein Positionspapier verfasst, das den Bundesgremien der FDP sowie Abgeordneten zugesandt wurde. Wir setzen uns darin für die Fortentwicklung des Job-Seeker-Visa und der Blue-Card-Regelungen ein. Wie jedes andere Einwanderungsland wollen wir uns unsere neuen Fachkräfte selbst aussuchen. Deutschland ist auf qualifizierte und fleißige Menschen aus dem Ausland angewiesen, wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen. Daher fordern wir für das Job-Seeker-Visum: Ausweitung auf ausbildungsfähige Menschen ohne Berufsabschluss. Außerdem sollten Visum-Inhaber die Möglichkeit erhalten, ihren Lebensunterhalt

unterstützend durch BAföG bzw. Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) zu bestreiten. Für die Blue-Card wünschen wir uns: Absenkung der Gehaltsgrenze auf 25.000 Euro, jährliche Dynamisierung am Verbraucherpreisindex sowie Öffnung der Blue-Card für alle Branchen.

GUTE FINANZIERUNG DER FRÜHKINDLICHEN BETREUUNG

Mit dem FDP-Kreisverband Esslingen hat der LIM einen Antrag auf den Weg gebracht, der vom Land mehr Geld fordert für eine „weltbeste Bildung“, wie es im Leitbild der Freien Demokraten verankert ist. Wir wollen, dass die Kinder unserer Mitarbeiter verlässlich und gut in Kitas, Betriebskitas und der Grundschule betreut werden. Dazu muss das Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz – FAG) neu angepasst werden. Das Land muss sich angemessen an den Betreuungskosten im frühkindlichen und Ganztagsbereich beteiligen. So sind die Landeszuschüsse der Kindergartenförderung prozentual an die Betriebskosten anzupassen. Denn während das Land im U3-Bereich 68% der Betriebsausgaben übernimmt, gibt es im Ü3-Bereich nur eine pauschale Zuweisung. Parallel ist das Kindertagesbetreuungsgesetz (KiTaG) so zu gestalten, dass der Zuschuss für die Ü3-Betreuung an freie Träger von mind. 63% auf mind. 68% angehoben wird. In gleicher Weise soll sich das Land an den Kosten der Ganztagesbetreuung im Grundschulen beteiligen. Auch hier gibt es bislang keine gesetzliche Vorlage, nur Zuschüsse über Förderprogramme.

LIM AKTIV – NEUE JAHRESSCHRIFT ERHÄLTlich

Schon länger hatte sich der Landesvorstand mit der Idee getragen, ein Jahresmagazin zu publizieren. Als Ergänzung zu den Kommunikationsaktivitäten im Internet sowie bei Facebook und Instagram. Nun ist Premiere für „LIM Aktiv“. Das Sonderheft erscheint als gedruckte Ausgabe pünktlich zum Landesparteitag am 5. Januar 2023 und wird auch digital auf www.lim-bw.de zu lesen sein. Was erwartet die Leser? Ein Leitartikel von Unternehmer Karl Graf Stauffenberg zur unternehmerischen Verantwortung in Krisenzeiten, die Vorstellung unserer prominenten Mitglieder, ein Hintergrundbericht über E-Fuels von Friedrich Haag MdL und vieles mehr.

DER LANDESVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG DER LIBERALEN VIELFALT WÄHLT NEUE DOPPELSPITZE IN STUTTGART



Dajana Hummel
Landesvorsitzende Liberale Vielfalt
Baden-Württemberg

Der Landesverband Baden-Württemberg der Liberalen Vielfalt wählt neue Doppel-Spitze im November in Stuttgart. **Dajana Hummel** (Beisitzerin im KV Stuttgart) und **Patrick Leismann** (KV Donaueschingen) lösen **Marvin Hahn** ab, der dem Ruf des Trinity Colleges zur Professur nach Irland folgt.

„Wir ergänzen uns in unseren Fähigkeiten und Fertigkeiten, uns verbindet die Liebe und Dankbarkeit zu unserem Land und der Wille, Integration für alle pragmatisch besser zu gestalten.“ **DAJANA HUMMEL**

In der hybriden Sitzung ist aus Berlin zugeschaltet **Renata Alt MdB**, die selbst Mitglied der Liberalen Vielfalt ist und ein Grußwort an die Teilnehmenden richtet. Weitere Grußworte von **Michael Theurer MdB** und Parlamentarischer Staatssekretär) und **Friedrich Haag MdL** runden die Landesmitgliederversammlung ab. Die Veranstaltung findet im Lokal *Santa Lucia* statt, die bereits 2021 die Wahlparty der Freien Demokraten in Stuttgart ausrichtete. Zugewogen sind aus dem Kreisverband Stuttgart die Kreisvorsitzende **Gabriele Reich-Gutjahr** mit einem Grußwort und ihre Stellvertreterin und Bezirksvorsteherin in Stuttgart-Ost **Charlotta Eskilsson**, **Susanne Winkler** von den Liberalen Frauen Stuttgart und **Dr. Cornelius Hummel**, Bezirksbeirat Mitte und Beisitzer im Kreisvorstand.

Ein Novum ist nicht nur die Doppel-Spitze, die innerhalb der Liberalen Vielfalt bereits im Bund besteht und von den beiden Gründungsmitgliedern **Irene Schuster** und **Julian Barazi** verkörpert wird. Die neue Satzung ermöglicht ebenso für die Regierungsbezirke Stellvertreter zu wählen. Dies fördert über weite Distanzen hinweg Präsenz, verteilt das Ehrenamt auf mehrere Schultern, erleichtert es, mitzuge-



→ v.l.n.r. Kreisvorsitzende **Gabriele Reich-Gutjahr** mit den Landesvorsitzenden **Dajana Hummel** und **Patrick Leismann**

stalten und senkt die Hürden zu einem solchen Amt ab. In ihren Ämtern bestätigt werden **Cristina Popesc** und **Matthias Dossmann**. Zu Stellvertretern gewählt werden **Jareem Khawaja** und **Keziah Kelly**. Aus dem Kreisverband Stuttgart wurde in den Vorstand **Azin Sadati-Schmutzer** kooptiert.

Die Liberale Vielfalt ist ein FDP-naher Verein, der 2019 in Baden-Württemberg gegründet wurde. Sie versteht sich als Plattform und Netzwerk für Menschen mit Migrationshintergrund, in Deutschland lebende Jüdinnen und Juden, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und Menschen, die sich für die Themen dieser drei Gruppen betreffend interessieren. Das Ziel ist die Erleichterung politischer Teilhabe und eine Vernetzung zu Migrantenselbstorganisationen, um Integration für alle zu erleichtern und die Vielfalt der deutschen Gesellschaft politisch besser abzubilden. Die Liberale Vielfalt strebt an als Vorfeldorganisation der Freien Demokraten anerkannt zu werden.

TERMINE UND VERANSTALTUNGEN IM 1. QUARTAL 2023

→ JANUAR 2023

Die Sitzungen der Stadtgruppen finden Sie auf der Internetseite der FDP Stuttgart

- | | | |
|-----|-----------|---|
| 5. | 10:00 Uhr | Landesverband › 123. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg › Fellbach |
| 6. | 11:00 Uhr | Landesverband › Dreikönigstreffen der Freien Demokraten › Stuttgart |
| 16. | 19:30 Uhr | Kreisverband › Kreisvorstandssitzung › Ort wird noch bekannt gegeben |

→ FEBRUAR 2023

Die Sitzungen der Stadtgruppen finden Sie auf der Internetseite der FDP Stuttgart

- | | | |
|-----|-----------|--|
| 13. | 19:30 Uhr | Kreisverband › Kreisvorstandssitzung › Ort wird noch bekannt gegeben |
|-----|-----------|--|

→ MÄRZ 2023

Die Sitzungen der Stadtgruppen finden Sie auf der Internetseite der FDP Stuttgart

- | | | |
|-----|-----------|---|
| 13. | 19:30 Uhr | Kreisverband › Kreisvorstandssitzung › Ort wird noch bekannt gegeben |
| 25. | 14:00 Uhr | Kreisverband › Jahreshauptversammlung › Ort wird noch bekannt gegeben |

E-MAIL-ADRESSEN DES KREISVERBANDS STUTT GART

BAD CANNSTATT

sg-cannstatt@fdpstuttgart.de

BOTNANG

sg-botnang@fdpstuttgart.de

DEGERLOCH

sg-degerloch@fdpstuttgart.de

FEUERBACH

sg-feuerbach@fdpstuttgart.de

MITTE/SÜD

sg-mittesued@fdpstuttgart.de

MÖHRINGEN

sg-moehringen@fdpstuttgart.de

MÜHLHAUSEN/MÜNSTER

sg-muehlmuenster@fdpstuttgart.de

NECKARVORORTE

sg-neckarvororte@fdpstuttgart.de

NORD

sg-nord@fdpstuttgart.de

OST

sg-ost@fdpstuttgart.de

PLIENINGEN/BIRKACH

sg-plieningenbirkach@fdpstuttgart.de

SILLENBUCH

sg-sillenbuch@fdpstuttgart.de

STAMMHEIM/ZUFFENHAUSEN

sg-stammzuff@fdpstuttgart.de

VAIHINGEN

sg-vaihingen@fdpstuttgart.de

WEILIMDORF

sg-weilimdorf@fdpstuttgart.de

WEST

sg-west@fdpstuttgart.de

**WIR WÜNSCHEN IHNEN
FÜR DAS NEUE JAHR
ALLES GUTE, LEBENSFREUDE,
GELASSENHEIT UND
TATKRAFT.**

2023

EINLADUNG ZUR JAHRESHAUPT- VERSAMMLUNG.

**SAMSTAG
25. MÄRZ 2023
14 UHR**

[FDP-STUTTART.DE/TERMINE](https://fdp-stuttgart.de/termine)